Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1892

47 (25.2.1892) II. Blatt

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht. 2 Mark 80 Pfg. durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., im Reklamentheile 40 Pf.
Bemerkungen: Unbenutzt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 47. II. Blatt. Karlsruhe, Donnerstag, den 25. Februar 1892.

Amtliche Nachrichten.

S. K. H. der Großherzog haben Sich, unter dem 20. d. M. gnädigst bewogen gefunden, dem Hofmarschall J. K. H. der Prinzessin Auguste zu Sachsen-Weimar, Frhrn. Rob v. Simolin-Bathory das Kommandeurkreuz 2. Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Das neue Programm der Deutschen Partei in Württemberg.

Der Programm-Entwurf des Ausschusses der Deutschen Partei, der am Sonntag in der Landes-Parteiversammlung zur Berathung kommen soll, ist heute öffentlich ausgegeben worden. Wir theilen den wesentlichen Inhalt des in 12 Punkte eingetheilten Programms im Nachstehenden mit:

1. Obenan stellt der Entwurf die nationale Einigung, die von der Partei seit ihrer Gründung erstrebt worden ist; an der Erhaltung, Festigung und Entwickelung des Reiches soll im „nationalen und liberalen" Sinne weitergearbeitet werden und nach dieser Hauptaufgabe die Stellung der Partei zu jeder Einzelfrage sich richten.

2. Die Partei bekennt sich zu der über den politischen und sozialen Parteien stehenden Monarchie und will für die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung, insbesondere gegen jeden Versuch der Antastung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts eintreten. Sie verlangt Diäten für den Reichstag, lehnt aber die Verantwortlichmachung der Bundesrathsbevollmächtigten vor den Einzellandtagen ab.

3. Die Partei hält die starke militärische Bereitschaft für nothwendig und will ihr die nöthigen Opfer bringen. Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit ist wünschenswerth, die Partei will auch hier die finanziellen Opfer für ihre Durchführung bringen. Die Partei fordert eine Reform des Militärstrafverfahrens nach dem Grundsatz der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit und mit ständigen Gerichtshöfen, Erleichterung des Beschwerderechts.

4. Rechtspflege. Angestrebt wird Vereinfachung des Zustellungs- und Zwangsvollstreckungswesens, Minderung der Prozeßkosten, möglichst umfassende und einheitliche Regelung der deutschen Rechtsverhältnisse durch das Reichszivilgesetzbuch; gesetzliche Beschränkung des Differenzspiels und Terminhandels an der Börse, Verschärfung der Bestimmungen über den Konkurs, gesetzliche Regelung der Entschädigung unschuldig Verurtheilter.

5. Grundsatz religiöser Duldung; Unabhängigkeit aller staatsbürgerlichen Rechte vom religiösen Bekenntniß; Wahrung der Aufsichtsrechte des Staats gegenüber den Religionsgenossenschaften; Ablehnung der Zulassung der Jesuiten in's Reich, der Männerorden nach Württemberg.

6. Einverständniß mit einer besonnenen Kolonialpolitik.

7. Zustimmung zur jüngsten Handels- und Zollpolitik, Festhalten an dem mäßigen Zoll zu Gunsten der Landwirthschaft. Neuordnung des Nachbarrechts, des Wasserrechts; staatliche Hagelversicherung; Produktions-, Ankaufs- und Kreditgenossenschaften, insbesondere auch zur Bekämpfung des Wuchers, staatliche oder kommunale Unterstützung derselben. — Beseitigung der Auswüchse der Abzahlungsgeschäfte, des Hausirhandels, der Wanderlager, der Gefängnißarbeit; gesetzliche Vertretung des Handwerkerstandes in Handwerkerkammern; Wahrung des Grundsatzes der Gewerbefreiheit.

8. Mitarbeit an der Gesundung des sozialen Lebens durch positive wirthschaftliche Reformpolitik, wobei aber das Gebiet der Fürsorge für die Lohnarbeiter, der Versicherungsgesetze, zunächst ruhen soll. Völlige Koalitionsfreiheit der Arbeiter, wie sie in Württemberg bereits besteht, Einführung von Arbeiterkammern, Arbeitsämtern, Vermehrung der Zahl und Befugnisse der Fabrikinspektoren; Arbeiterstatistik. Unmittelbare Fürsorge für das Wohl der Arbeiter durch Beschaffung billiger und gesunder Wohnungen. Die Parteimitglieder, welche Arbeitgeber sind, sollen in Schutz, Entlohnung, Arbeitszeit und Wohlfahrtseinrichtungen für ihre Arbeiter mit gutem Beispiel vorangehen. Endlich entschiedene Vertheidigung der Grundlagen der bestehenden Rechts- und Gesellschaftsordnung.

Speziell Württembergisches:

9. Verwirklichung der Verfassungsrevision. Prinzipielle Forderung der Einheitskammer. Zunächst Entfernung der Privilegirten aus der Zweiten Kammer, Zusammensetzung derselben aus direkt in allgemeiner Wahl gewählten Vertretern ohne Beeinträchtigung des Budgetrechts; Verstärkung der Vertretung der größeren Städte; Reform der ersten Kammer, Aufhebung der Stimmübertragung.

10. Weiterentwicklung der Selbstverwaltung in Gemeinde, Amt und Kreis über das in der letzten Verwaltungsnovelle Gebotene hinaus, Aufhebung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher, Revision ihrer Amtsbefugnisse, Sicherung ihrer politischen und materiellen Unabhängigkeit. Städteordnung für Stuttgart mit Magistratsverfassung; Einführung größerer Selbstverwaltungskörper (Kreisausschüsse).

11. Tiefgehende Steuerreformen. Ergänzende allgemeine Personaleinkommensteuer, mit Abzug der Schuldzinse, Befreiung der kleinen Einkommen, Herabsetzung der Ertragssteuer; Betheiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer 2c.

12. Festhalten an dem staatlichen Karakter der Schule; Betheiligung des Volksschullehrerstandes an der Schulaufsicht; Aufhebung des Schulgeldes für Volks- und Fortbildungsschulen; obligatorische landwirthschaftliche und gewerbliche Fortbildungsschulen; auskömmliche Wittwen- und Waisenversorgung für den Lehrerstand.

Bezüglich der Stellung der „Deutschen Partei" Württembergs zur großen „Nationalliberalen Partei" im Reich tritt keine Aenderung ein. Es bleibt bei dem bisherigen Stand: Zusammengehen ohne eine Definition des beiderseitigen Verhältnisses; somit auch Erhaltung derjenigen Elemente in der Deutschen Partei Württembergs, die nach der anderweitigen Scheidung als „freikonservativ" zu bezeichnen wären. Deßgleichen in Bezug auf alle großen deutsch-nationalen Fragen keine Aenderung. In politischen Einzelfragen aber eine Verschärfung des liberalen Karakters der Partei, ein starker Schritt nach Links. Dies tritt, nach der Allg. Ztg., hauptsächlich hervor in Reichsangelegenheiten: in der Forderung der Diäten und der zweijährigen Dienstzeit, in württembergischen Fragen: in der Verfassungsrevision und mehr noch in der Forderung der Weiterführung der Verwaltungsreform. Wie man hört, sind diese letzteren Punkte im Parteiausschuß nur gegen eine starke Minderheit durchgegangen, und sie werden in der Plenarversammlung vermuthlich auf eine starke Opposition stoßen.

Deutscher Reichstag.

÷ Berlin, 23. Febr.

178. Plenarsitzung.

Auf der Tagesordnung: 2. Berathung des Gesetzentwurfes über das Telegraphenwesen des deutschen Reiches. (Berichterstatter Abg. Frhr. v. Buol.)

§. 1 lautet in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung: „Das Recht, Telegraphenanlagen für den allgemeinen Vermittelungsverkehr zu errichten und zu betreiben, steht ausschließlich dem Reiche zu. Unter Telegraphenanlagen sind die Fernsprechanlagen mit begriffen." (Die gesperrten Worte sind in die ursprüngliche Regierungsvorlage von der Kommission eingefügt worden.)

Abg. Schrader (dtschfr.) begründet einen Antrag der Freisinnigen, wonach § 1 folgende Fassung erhalten soll: „Das Recht, elektrische Leitungen zur Uebermittelung von Erklärungen und Gesprächen gegen Bezahlung im Betriebe zu haben, steht, vorbehaltlich der Bestimmung des §. 2 a, ausschließlich dem Reiche zu." Redner weist auf die zahlreichen Bittschriften zu diesem Gesetzentwurfe hin, zum Beweise dafür, daß es sich hier um eine Frage von größtem Interesse handle. Rücksichten der Parteipolitik schieden hier vollständig aus; es komme hier lediglich in Betracht der Schutz großer und wichtiger Interessen gegen eine zu weit gehende Anwendung des Telegraphenmonopols, das dem Reiche nicht vorenthalten werden solle. §. 1 in der Regierungsvorlage sei unannehmbar, denn danach würden auch optische Telegraphen, Sprachrohre und Klingelzüge, die nach einem andern Grundstück führten, Gegenstand des Reichsmonopols werden. Es liege auch kein Grund vor, neben dem Betriebe auch die Herstellung der Telegraphen zum Reichsmonopol zu machen, wie dies die Regierungsvorlage wolle. Gleichzeitig empfiehlt Redner den von seinen Freunden vorgeschlagenen §. 2 a: Elektrische Leitungen zur Uebermittelung von Erklärungen und Gesprächen gegen Bezahlung können für den auf den Bezirk einer Gemeinde beschränkten Verkehr auch von den Gemeindeverwaltungen betrieben werden

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Zu einer Beunruhigung wegen dieses Gesetzentwurfs habe für Niemand ein Anlaß vorgelegen. Das Nachrichtenwesen müsse der Aufsicht des Reiches unterstehen, schon im Interesse der Sicherheit des Vaterlandes. Von einer Unterdrückung der elektrischen Industrie, der elektrischen Beleuchtungs- und Kraftübertragungswerke könne keine Rede sein. Der Antrag Schrader wolle das Monopol auf elektrische Leitungen beschränken, aber das Reich müsse aus dem angeführten Grund die Hand über das Nachrichtenwesen überhaupt behalten. Die vom Vorredner angeführten Unzuträglichkeiten, welche §. 1 im Gefolge haben solle, würden ja durch §. 3 beseitigt. Unser Fernsprechwesen nehme den ersten Rang ein, und es finde im Auslande große Anerkennung, daß die deutsche Verwaltung entschieden mit der Uebernahme desselben in den Staatsbetrieb vorgegangen sei.

Königl. bayer. Oberregierungsrath Landmann führt einer Aeußerung Schrader's gegenüber aus, daß auch in Bayern ein Telephonregal gesetzlich bestehe.

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.) spricht für das Telephonmonopol im Interesse der Arbeiter sowohl, als mit Rücksicht darauf, daß das Parlament über den Staatsbetrieb doch etwas Einfluß habe. Er verlangt aber, daß gleichzeitig ein Gesetz über die elektrischen Anlagen fertig gestellt werde.

Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.) beantragt, die Worte „für den allgemeinen Vermittelungsverkehr" zu ersetzen durch die Worte „für die Vermittelung von Nachrichten."

Abg. Graf Arnim (Reichsp.) tritt für die Vorlage ein; es sei Zeit, dem gesetzlosen Zustande ein Ende zu machen, der ohne die Energie der jetzigen Postverwaltung von schwerem Nachtheil für uns werden konnte. Er hätte allerdings gewünscht, daß das Elektrizitätsgesetz gleichzeitig erledigt worden wäre, aber dasselbe sei noch nicht reif, während der vorliegende Entwurf dringend sei.

Abg. Freiherr v. Gagern (Zentr.) plaidirt für die Vorlage in der Kommissionsfassung, durch die der Staat nur zu seinem Rechte käme, ohne daß berechtigte Privatinteressen geschädigt werden.

Abg. Dr. Giese (kons.) erklärt die Zustimmung seiner politischen Freunde zu der Vorlage. Der Antrag Schrader würde dieselbe nur verschlechtern. Das Regal müsse voll und ganz gewährt werden.

Abg. Dr. v. Bar (deutschfr.): Man möge das Monopol auf das Nothwendigste beschränken und dem Privatverkehr keine überflüssigen Hindernisse in den Weg legen. Deßhalb sei es richtig, nur den Betrieb, nicht auch die Herstellung oder Errichtung zu monopolisiren. Auch das englische Gesetz monopolisire nur den Betrieb.

Abg. Schrader (deutschfr.): Der Staatssekretär habe in der Kommission erst das Recht beansprucht, die Beseitigung aller Leitungen zu fordern, durch welche der Telegraphenbetrieb gestört werde, es dann aber abgelehnt, eine bezügliche Erklärung zu fixiren. Dadurch sei Beunruhigung hervorgerufen worden, die man nur durch eine klare Fassung beseitigen könne, wie sie sein Antrag enthalte.

Abg. Dr. Siemens (d.-fr.): So lange die Erledigung des Telegraphengesetzes nicht zusammen mit dem Elektrizitätsgesetze erfolge, solle man Alles herauslassen, was die künftige Entwickelung der elektrischen Industrie benachtheiligen könne.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Die Verwaltung wolle lediglich Verwaltung des bestehenden Verhältnisses, mit dem sie ganz zufrieden sei.

Hierauf wird §. 1 in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 2 in der Kommissionsfassung besagt: „Die Ausübung des im §. 1 bezeichneten Rechts könne für einzelne Strecken oder Bezirke an Privatunternehmer und muß an Gemeinden für den Verkehr innerhalb des Gemeindebezirks verliehen werden, wenn die nachsuchende Gemeinde die genügende Sicherheit für einen ordnungsmäßigen Betrieb bietet und das Reich eine solche Anlage weder errichtet hat, noch sich zur Errichtung und zum Betriebe einer solchen bereit erklärt."

Nach längerer Berathung, an der sich Abgg. Klemm (kons.), Dr. Hammacher (n.-lib.), Schrader (d.-fr.) und Graf Arnim (Reichsp.) betheiligen, wird §. 2 gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen.

Hierauf wird Vertagung beschlossen.

Mittwoch 1. Uhr: Anträge aus dem Hause.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 24. Febr.

34. Sitzung der zweiten Kammer. (Schluß der gestrigen Abendsitzung.)

Abg. Wacker führt weiter aus: Wenn Herr Staatsrath Eisenlohr ihn als einen Vertreter des Volkes hinstelle, und das etwa in einem andern Sinne gemeint haben sollte, so müsse er doch sagen, daß er etwas mehr Volk hinter sich zu haben glaube, als die Herren Eisenlohr und Kiefer. (Eine so lächerliche und anmaßende Behauptung ist uns lange nicht vorgekommen. D. Red.) Man solle doch Angesichts der 14 verschwundenen Nationalliberalen über Wahlergebnisse nicht eine solche Sprache führen. Für die Amtsverkündiger sei die Regierung schon in Folge des Umstandes verantwortlich, weil sie deren politische Haltung dulde; das Schlimmste aber sei der Unfug, daß so und so viel Zeitungsverlegern so und so viel Tausende für Anzeigen in die Taschen geschoben würden, die erspart werden könnten, und daß andere ungezählte Tausende (!?) an Einnahmen zurückblieben, die sicher wären, wenn die Regierung nur wollte. Auch die allgemeine Haltung der Regierung gefällt Herrn Wacker natürlich nicht. Jüngst have Abgeordneter Klein im Landtag gegen Bayern, Abg. Blankenhorn gegen den „neuen Kurs" gesprochen, und heute habe sich Abg. Kiefer wieder stark gegen Preußen und seine Schulgesetzgebung geäußert. Man hätte keinerlei Einschränkung Seitens des Regierungstisches gegen diese Bemerkungen vernommen. (Rufe: Oho! Redefreiheit der Volksvertretung!) Halte es denn die Regierung etwa noch immer mit dem alten Kurs? Man sei doch in Berlin etwas empfindlich über solche Reden hier im Hause und namentlich über das Schweigen der Regierungsvertreter dazu. (Der für „Wahrheit, Freiheit und Recht" kämpfende Herr will also, daß die Regierung jeweils die Aeußerungen der Volksvertreter korrigiren und sie einer Zensur unterziehen soll. Eine neue Auffassung von der Freiheit und Würde der Volksvertretung! D. Red.) Abg. Kiefer habe eine längere Exkursion bis in's Mittelalter hinein unternommen. (Abg. Kiefer: Das Mittelalter sind Sie ja doch!) Es gehöre doch eine eigenthümliche politische Anschauung dazu, das Zentrum für das verantwortlich zu machen, was im Mittelalter und im ehemaligen Kirchenstaat Gutes oder Schlimmes gethan worden sei. Der Kirchenstaat sei kein Bettler- oder Räuberstaat gewesen; das könne nur Jemand behaupten, der Hergenröther nicht gelesen. (Abg. Kiefer: Lesen Sie nur Gregorovius, der empfiehlt sich noch besser! Zustimmung.) Die Zentrumspartei sei nur durch die Art und Weise in's Leben gerufen worden, wie die liberalen Prinzipien in's Praktische umgesetzt würden. Dem Abg. Venedey die Theilnahme an der Siegesfeier der Katholiken übel zu nehmen, sei kleinlich. Hatten die Wähler schon vor 20 Jahren die Partei des Redners so erkannt, wie jetzt, und auch die Nationalliberalen so genau, so wäre die Niederlage der Letzteren schon damals genau so erfolgt, wie heute. (!?) Die Zentrumspartei vertrete den wahren Liberalismus. (Ohorufe und große Heiterkeit.) Eine Auflösung der Kammer würde ihm sehr erwünscht sein. Seine Parteigenossen seien Monarchisten aus Rechts- und Pflichtgefühl. Daß er, wie Abg. Kiefer behaupte, wenn er von einer Krone spreche, immer zuerst an die päpstliche Krone denke, weise er entschieden zurück, ebenso den Vorwurf, daß die Direktive für die Haltung des Zentrums in Rom liege. Auch die Behauptung des Abg. Fieser, daß eine „Nebenregierung in Zähringen" existire, weise er zurück, und vor Allem müsse er sich gegen die Aeußerungen desselben Abgeordneten wenden, daß der katholische Geistliche nichts weiter zu thun habe, als auf den Bierbänken der Wirthschaften herumzurutschen und mit allerlei zweifelhaftem Gelichter zu verkehren.

Abg. Frank bemerkt, daß er im Gegensatz zu dem Vorredner weder persönlich, noch langausgedehnt sprechen wolle. Wenn Abg. Wacker sagte, es sei kein Vertrauen zum Ministerium vorhanden, so irrt er sich doch sehr. Das ist eine sehr unrichtige Behauptung, die Bevölkerung ist im Gegentheil in der großen Mehrheit liberal und der Abg. Wacker hat schon vor 10 Jahren mit seinen prophetischen Weissagungen ausgerufen, wenn wir nur erst die Mehrheit haben! Seine Partei ist aber auf 8 und sogar auf 4 gesunken, und Wacker selber fiel durch. Die Bürgermeister vom Lande werden sich bedenken für die Karaktereigenschaften, die Wacker ihnen nachsagt. Gerade dessen Partei hat hier im Hause, die dadurch wenig schmeichelhaft berührt sein werden, und das Unzutreffende dieser Aeußerung Wackers bestätigen müssen. Wir haben auch den Wunsch, daß sich die Bezirksamtmänner von jeder Wahlagitation fern halten, das sollten aber auch die katholischen Geistlichen und die Richter thun, von denen erst bei den letzten Wahlen wieder einer zu einem Wähler sagte, daß ein Katholik überhaupt keinen Protestanten wählen dürfe. Das Ministerium des Innern hat seine volle Pflicht gethan, wie selbst der Bad. Beobachter zugeben mußte. Kein Ministerium hat die gute Finanzlage so für die Allgemeinheit nutzbar gemacht, wie das gegenwärtige. So lange ein Ministerium in volkswirthschaftlicher Beziehung so seine Schuldigkeit thut und so segensreich wirkt, hat das Volk keine Veranlassung, mit ihm unzufrieden zu sein.

Abg. Birkenmayer wendet sich gegen einige Ausführungen des Herrn Staatsraths Eisenlohr. Wenn derselbe sage, die Handkassen gingen den Landtag nichts an, so erkläre er, daß seine Partei beim Etat gegen die Bewilligung der betreffenden Forderung stimmen werde. Wenn Abg. Wacker sagte, daß er keine parlamentarische Regierung verlange, so könne er dem nicht beistimmen. (Abg. Wacker: Mißverständniß!) Er wünsche ein Ministerium, das über den Parteien stehe. Daß der Herr Staatsrath erklärte, die Regierung habe mit der Politik der Amtsverkündiger nichts zu thun, begrüße er mit Freuden; auch er liebe es nicht, daß politische Gegner persönlich angegriffen werden. Das katholische Herz verlange ebenso nach den klösterlichen Spenden, wie der reiche Mann ein Bedürfniß nach Badereisen empfinde. Dem Abg. Fieser sage er, daß nur die Herren Kulturkämpfer an dem Vorhandensein der Zentrumsabgeordneten schuldig seien.

Abg. Fieser bestreitet zunächst dem Abg. Wacker gegenüber, daß er sagen wollte, es sei eine Gepflogenheit der katholischen Geistlichen überhaupt, in den Wirthshäusern herumzurutschen 2c. Er habe das natürlich nur auf einzelne beziehen können. Wenn sich die Demokraten darüber beschwert fühlen, daß sie mit den Ultramontanen zusammengebracht werden, so verweise er sie auf das Zeugniß des früheren Abg. Krebs, einer kernfesten echt demokratischen Natur, der als eigener Gesinnungsgenosse das Zusammengehen mit dem Zentrum noch viel schärfer verurtheilte als wir; ebenso Herr v. Feder. (Abg. Heimburger ruft: Ihr Krebs heißt Direktor Hauser! Heiterkeit.) Herr Hauser hat nur einmal eine etwas merkwürdige Rede gehalten! Sie haben schon vor den Wahlen Mißtrauen gegen den Minister des Innern auszusprengen versucht, und wenn Sie jetzt wollen, daß das Ministerium vor Ihnen weggehen soll, so berührt mich das einfach komisch! Welcher Art sollte denn das darauf folgende sein? Es liegt zu einer Aenderung keinerlei konstitutionelle Veranlassung vor. Bezüglich der „amtlichen Wahlbeeinflussung" habe ich schon gesagt, daß wir Alle nur Kinder sind gegen die Wahlbeeinflußungen, die Seitens eines großen Theiles der katholischen Geistlichkeit verübt werden, und zwar nicht nur in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen, sondern auch im amtlichen Dienst. Das letzte Wahlergebniß hat mich nicht im Geringsten überrascht; ich habe es schon im Februar vorausgesagt für den Fall, daß unsere Parteifreunde nicht gehörig auf dem Posten seien. Redner führt mehrere eklatante Beispiele von Wahlbeeinflussung durch katholische Geistliche an, und erwähnt, daß in Konstanz eine ganze Anzahl wegen solcher Wahlbeeinflussungen verurtheilt worden sei. Die katholische Geistlichkeit habe mit größter Energie den Kampf für die Ultramontanen aufgenommen. Aber wenn die Letzteren einmal an's Ruder kämen, würden alle ihre schönen Versprechungen in Nichts zerfließen, und das Volk würde in kurzer Zeit zur Einsicht kommen, was die schönen Worte von Freiheit 2c. der Ultramontanen zu bedeuten haben. Redner erinnert an die letzten Worte des früheren Zentrumsabg. Baumstark im Landtag, der die Ultramontanen als eine Pestbeule am Körper des deutschen Volkes bezeichnete. Er (Fieser) freue sich besonders, daß heute nach langen Jahren endlich einmal wieder frisch und klar von der Regierungsbank herunter Grundsätze ausgesprochen worden sind, wie wir sie deutlicher und kraftvoller lange nicht gehört haben; das Volk werde der Regierung dankbar dafür sein, und er erkläre im Einverständniß mit seinen Gesinnungsgenossen: Gerade Das, was die gegnerische Seite des Hauses dazu bringe, dem Ministerium ein Mißtrauensvotum zu ertheilen, sei der Grund, weßhalb seine Partei heute ausdrücklich dem großh. Ministerium ihr vollstes Vertrauen ausspreche. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Hug vertheidigt das Verhalten des Abg. Venedey und bespricht dann des Längeren das gegenwärtige Wahlrecht, worauf Präsident Lamey zur Sache zu sprechen ermahnt. Er glaube ja, daß die Regierung juristisch einen direkten Einfluß auf den Inhalt der Amtsverkündiger nicht besitze, wohl aber habe sie einen moralischen Einfluß auf dieselben. Der Liberalismus habe die Rechte und die Freiheit der katholischen Kirche angetastet. Er könne einen Unterschied zwischen politischem und religiösem Katholizismus nicht anerkennen.

Abg. Venedey sucht gleichfalls seine Theilnahme an der Siegesfeier im kath. Vereinshause zu Konstanz zu rechtfertigen. Wenn seine Partei gezwungen sei, mit dem Zentrum zu rechnen, so seien die Nationalliberalen Schuld daran. Er habe sich für die Orden nur erklärt, weil er keine Ausnahmegesetze wolle. (?!) Sein Vater sei ein überzeugungstreuer Demokrat gewesen (Ruf: das ist von Niemand bestritten worden!), er habe die Bezeichnung „nationalliberal" als einen schönen Namen für eine schlechte Sache erklärt.

Abg. Gönner hebt in seinem Schlußwort hervor, der Minister habe bezüglich der Badischen Korrespondenz vollkommen korrekt gehandelt; sein diesbezügliches Verhalten habe volle Berechtigung. Es sei unrichtig, zu behaupten, daß Staatsgelder dafür verwendet würden, und die Korrespondenz bringe auch Artikel gemeinnützigen, volkswirthschaftlichen Inhalts, die von Blättern der verschiedensten Richtungen abgedruckt würden. Die Amtsverkündiger würden von katholischen Geistlichen vielfach aus den Lokalen zu verdrängen gesucht. (Wir könnten da bezüglich unseres Blattes auch einiges über die Thätigkeit gewisser Geistlicher zum Besten geben. Die Red.) Redner wendet sich nun gegen die Behauptung eines Vorredners, daß die Regierung eine Parteiregierung sei. Diese Behauptung sei in der heutigen Verhandlung aufs Gründlichste widerlegt worden. Die Amtmänner entwickeln lange keine so rege Thätigkeit in der Politik, wie katholische Geistliche; viele Beamte gehörten nicht der allgemeinen politischen Richtung der Regierung an und würden doch geduldet. Auch er müsse seine vollste Befriedigung über die heutigen Erklärungen der Regierung aussprechen. Die Verhandlung, die auf ein Mißtrauensvotum angelegt war, habe zu einem großen Vertrauensvotum für dieselbe geführt, und die heutige klare Haltung der Regierung werde in den weitesten Kreisen des Volkes mit großer Genugthuung begrüßt werden. Das badische Volk, welches schon in viel schwierigeren Zeiten bewiesen hat, daß es auch mit Erfolg gegen den Strom schwimmen konnte, wird sich auf die Dauer nie von einer wirklich liberalen Regierung trennen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Es folgen nun noch eine Reihe persönlicher Erklärungen zwischen den Abgg. Kiefer, Wacker, Venedey u. A.

Präsident Lamey bemerkt gegen den Abg. Wacker, dieser habe ihn wenigstens indirekt dadurch beschuldigt, daß er von den letzten 30 Jahren im Hinblick auf die Ministerien als von einer Zeit der Korruption gesprochen habe. In diese Zeit falle auch das sechs Jahre lang von ihm geführte Ministerium und er verwahre sich dagegen, daß ihm solche Dinge jetzt hier nachgesagt würden. Sein Ministerium sei ein streng freiheitliches, bürgerliches gewesen, das ganze badische Volk habe damals auf seiner Seite gestanden. Er habe keinen Grund, auf diese Jahre als eine Zeit der Korruption zurückzublicken. (Lebhafte Zustimmung.)

Das Haus lehnt darauf bei der Abstimmung den Zentrumsantrag, daß in jedem Kreise ein amtliches Verkündigungsblatt eingeführt werden soll, dessen Inhalt sich auf amtliche Bekanntmachungen der Behörden 2c. beschränken müsse, ab. Zentrum, Demokraten, Freisinnige und Sozialdemokraten stimmten geschlossen dafür.

Die Sitzung schloß alsdann Abends gegen 9½ Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

35. Sitzung der zweiten Kammer.

Am Ministertische: Staatsrath Eisenlohr, die Ministerialräthe Schenkel, Heyl, Bechert u. a.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Der Sekretär verliest die neuen Eingänge.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält

Abg. Kiefer das Wort: Die heutige Nummer des Bad. Beobachters enthalte einen Bericht, in welchem gewisse Vorgänge in der Schulkommission in einer völlig unwahren Weise dargestellt werden. Es wird darin eine vollständig falsche Darstellung über eine Sitzung gegeben, die nur von einem Eingeweihten ausgehen könne, und bezüglich der Versicherung des Abg. Kiefer in der Kommission, daß in der nationalliberalen Fraktion nur Besprechungen über den Schulgesetzentwurf stattgefunden hätten, aber keine bindenden Beschlüsse gefaßt worden seien, gesagt: „Das ist das direkte Gegentheil von Wahrheit!“ Diese Behauptung des Bad. Beobachters sei nicht nur eine Unwahrheit, sondern eine direkte Lüge. Er fordere das Zeugniß aller seiner Fraktionsgenossen dafür, daß er in der Kommission genau Das berichtet habe, was in der Fraktion verhandelt worden sei. Er habe ausdrücklich in der Kommission erklärt, daß die Verhandlungen in der Fraktion lediglich den Zweck gehabt hätten, die Ansichten über das Schulgesetz zu erläutern; bindende Beschlüsse seien darüber nicht gefaßt worden und die diesbezügliche Bemerkung des Abg. Weygoldt sei nicht richtig verstanden oder nicht genau ausgedrückt gewesen. Der Bad. Beobachter führe ein Zwitterspiel, das dazu angethan sein solle, Jemand die Ehre abzuschneiden. Uebrigens habe die Kommission ausdrücklich beschlossen, trotz des Austrittes der Abgg. Wacker und Genossen ihre Arbeit ruhig fortzusetzen.

Abg. Henning bemerkt, es sei doch Thatsache, daß der Berichterstatter Abg. Weygoldt in der Kommission ausdrücklich von einem Beschluß der Fraktion gesprochen habe, und wenn eine Fraktion schon vor der Kommissionsberathung bindende Beschlüsse über die zu behandelnde Frage fasse, so habe die Berathung in der Kommission keinen Zweck mehr. Abg. Kiefer habe ihn in der Kommission in allerdings etwas heftiger Weise unterbrochen und dargelegt, daß kein Fraktionsbeschluß gefaßt worden sei.

Abg. Wacker bemerkt, er habe nach den Aeußerungen des Berichterstatters in der Kommission nicht anders annehmen können, als daß die nationalliberale Fraktion schon bestimmte Stellung zu dem Schulgesetz genommen habe. Er sei erstaunt darüber, daß Abg. Kiefer Ausdrücke, wie Lüge ꝛc. hier gebrauche. Er und seine Parteifreunde würden bei ihrem Beschluß bleiben, sich aus der Schulkommission als ausgeschieden zu betrachten.

Abg. Strübe konstatirt, daß Abg. Kiefer durchaus richtig verfahren und die Vorgänge in der Fraktionssitzung geschildert habe. Es fand über die Schulvorlage nur eine allgemeine Besprechung statt, wie das überall und gerade beim Zentrum zu geschehen pflegt; der Abg. Löffler hat ja selber einen ganz bestimmt formulirten Antrag eingebracht, der doch wohl auch nicht von ihm allein ausging, sondern nach Besprechung mit seiner Partei. Die Zentrumsmitglieder der Schulkommission hätten sich mit der Erklärung des Abg. Kiefer beruhigen sollen; es war Niemand berechtigt, anzunehmen, daß seine Aeußerungen nicht genau den Thatsachen entsprechend wären.

Präsident Lamey bemerkt, es handle sich hier um die Frage, ob ein bindender Beschluß der Partei gefaßt worden sei, was nach den einstimmigen Erklärungen der Fraktionsangehörigen nicht der Fall sei. Die Herren vom Zentrum hätten ja schon so oft bei einer Verhandlung bemerkt, daß sie sich bei irgend einer Frage erst bei ihrer Partei Rath und Aufklärung holen müßten.

Abg. Heimburger: Nachdem Abg. Kiefer die Erklärung abgab, daß kein bindender Beschluß in der nationalliberalen Fraktion gefaßt worden sei, habe er sich in der Kommission damit zufrieden gegeben. Daß die Kommission den Beschluß faßte, ruhig weiter zu arbeiten, sei richtig. Es lag für die Mehrzahl der Mitglieder kein Anlaß vor, die Arbeiten einzustellen.

Abg. Gerber: Der Hauptfehler war wohl der, daß die Schulkommission den Abg. Kiefer zu ihrem Vorsitzenden ernannte. (Aha!)

Abg. Löffler: Er sei nicht, wie seine Fraktionsgenossen, aus der Sitzung fortgelaufen, sondern habe es nach der Erklärung des Abg. Kiefer vorgezogen, ruhig weiter zu arbeiten. Er habe aber in der Kommission nur für seine Person gesprochen.

Abg. Gönner gibt gleichfalls Zeugniß dafür, daß ein solcher Fraktionsbeschluß nicht gefaßt werden konnte, weil wenigstens 10 oder 12 Mitglieder gar nicht zugegen waren. Von einem bindenden Beschluß konnte gar keine Rede sein.

Abg. Wittmer bestätigt, daß in der betr. Fraktionssitzung wohl kaum mehr als die Hälfte der Mitglieder zugegen war und

Abg. Schlusser bemerkt, daß er, falls irgend ein derartiger Beschluß überhaupt in Frage gekommen wäre, einem solchen entschieden wiedersprochen haben würde.

Abg. Fieser: Wer trotz der Versicherung des Abg. Kiefer in der Kommission jetzt noch behauptet, daß in der Fraktion doch ein Beschluß gefaßt worden sei, der lügt. Nicht die Mittheilung des Abg. Weygold, sondern die Unterstellung, die von gegnerischer Seite daran und an die Worte des Abg. Kiefer geknüpft wurden, sind Veranlassung zu der heutigen Debatte. Bei dem hohen Interesse, dem der Schulgesetzentwurf allenthalben begegnet, war es selbstverständlich, denselben in der Fraktion zu besprechen. Haben die Ultramontanen das etwa nicht auch gethan?

Abg. Wacker bemerkt, seine Parteigenossen blieben dabei, sich als aus der Kommission ausgeschieden zu betrachten, weil es für sie nicht möglich sei, mit dem Abg. Kiefer und unter seinem Vorsitz zu arbeiten.

Präsident Lamey erklärt die letzte Bemerkung des Vorredners für unbegründet und unberechtigt.

Abg. Klein-Wertheim betont unter Darlegung der obwaltenden Umstände, daß Abg. Kiefer in der Kommission vollkommen ruhig gehandelt und in loyalster Weise eine Verständigung unter den Mitgliedern herbeizuführen versucht habe.

Nachdem auch Abg. Weygold einige Erläuterungen bezüglich seiner mißverstandenen Bemerkung in der Kommission abgegeben, erklärt

Abg. Kiefer, daß er nach dieser Darlegung der Angelegenheit es jetzt der öffentlichen Meinung überlassen könne, zu beurtheilen, wo man gelogen hat und wo die Wahrheit gesagt worden ist.

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein, Fortsetzung der Berathung über das Budget des Ministeriums des Innern.

Abg. Gönner regt als Berichterstatter die Frage an, ob in Folge der am 1. April in Kraft tretenden Einheitszeit auch im Uebrigen diese Zeit angenommen werden solle. Man war sich in der Kommission einig, daß hier einheitlich Seitens der Regierung vorgegangen und die Regelung der Sache in die Hand genommen werden müsse. Einzelne Städte, wie Karlsruhe und Heidelberg, hätten sich bereits entschlossen, die Ortszeit mit der Eisenbahnzeit gleichzustellen. Es sei erwünscht, darüber Seitens der Regierung Aufklärung zu erhalten.

Staatsrath Eisenlohr: Es sei vielleicht am zweckmäßigsten, wenn zunächst die Ministerien über die Regelung dieser Einheitszeit sich verständigten. Wenn dann sämmtliche Behörden diese Zeit festsetzen, hoffe er, daß auch die Gemeinden und das Publikum diesem Beispiel folgen werden.

Abg. Wittmer erläutert im Hinblick auf den jüngsten Bericht der großh. Fabrikinspektoren die Haltung der Pforzheimer Fabrikanten gegen die Anordnung des Fabrikinspektors bezüglich der Ventilationsvorrichtungen.

Abg. Gesell wünscht, daß der Fabrikinspektor die Wünsche und Anschauungen der Pforzheimer Fabrikanten mehr berücksichtigen möge.

Abg. Marbe erklärt, daß seine Partei, weil sie früher gegen den Titel Staatsministerium in Folge des vierten Ministerpostens gestimmt habe, in konsequenter Weise auch jetzt gegen den Titel Präsident des Ministeriums des Innern und später gegen den Ministerialdirektor stimmen werde.

Abg. Fieser bemerkt, es sei wohl selten eine so überraschende Erklärung in diesem Hause vernommen worden, wie die soeben gehörte. Das Zentrum erkläre also, daß es sich nicht nur gegen die Person des Leiters dieses Ministeriums, sondern gegen das letztere selber wende. Von einer Konsequenz und Logik könne doch hier keine Rede sein.

Abg. Gönner: Die Zentrumspartei hätte sich doch folgerichtig mit der Lage befreunden müssen, wie sie durch die Beschlüsse des Hauses über das Staatsministerium geschaffen wurde. Gerade das Ministerium des Innern sei ein so gewichtiges und für die Volkswohlfahrt nothwendiges, daß man bei sachlicher und ruhiger Ueberlegung unmöglich dazu kommen könne, diesem Ministerium seinen Chef vorzuenthalten. Er ersuche als Berichterstatter dringend um Annahme der Etatsposition.

Minister Eisenlohr bemerkt, er ergreife nur ungern in dieser Sache das Wort. Er könne sich nicht vorstellen, wie sich die Herren das denken, was denn das Ministerium ohne einen Chef thun soll. Wie stelle sich denn der Abg. Marbe diesen Zustand vor, wenn der Beschluß seiner Partei zur Ausführung käme? Es sei durch Kammerbeschluß ausgesprochen worden, daß vier Minister, und darunter ein Minister des Innern, vorhanden sein sollen. Er habe es ja mit Geduld und Ergebenheit hingenommen, daß ein großer Theil des Volkes, der von den Zentrumsmitgliedern vertreten, ihm nicht sein Vertrauen schenke. Aber die Position des Ministers des Innern sei doch nicht eine ausschließlich persönliche; sie sei vor Allem eine absolute Nothwendigkeit, eine durch das Gesetz geschaffene Position. Nach allen konstitutionellen Begriffen müsse doch jedes Ministerium einen verantwortlichen Chef haben, und deßhalb könne er das Vorgehen der Herren gegen diese Etatsposition nicht begreifen.

Abg. Muser erklärt, auch er sei der Ansicht, daß es sich hier nicht um die Person, sondern um eine sachliche Nothwendigkeit handle, und daß er deßhalb mit seinen Parteifreunden für die Bewilligung dieser Position stimmen werde.

Abg. Marbe wiederholt die Versicherung, daß die Konsequenz der früheren Haltung seiner Partei ihr jetziges Vorgehen bedinge.

Abg. Fieser kennzeichnet die „Konsequenz“ der Haltung des Zentrums in treffender Weise, und liefert den Nachweis, daß die Herren in richtiger Konsequenz und Logik das Gegentheil thun und die Forderung bewilligen müssen.

Abg. Rüdt erklärt, daß es sich hier um eine höchst wichtige, absolut nothwendige Institution handle, da ein Ministerium ohne verantwortliche Leitung nicht denkbar sei. Er werde mit seinem Parteigenossen in richtiger Konsequenz der Thatsachen für die Position stimmen.

Abg. Friderich spricht gleichfalls seine Verwunderung über die eigenthümliche „Konsequenz“ des Zentrums aus.

Abg. Marbe stellt darauf den Antrag, die Position von 11,500 Mark als Gehalt des Ministers nicht zu genehmigen. Dieser Antrag wird mit allen gegen 15 Stimmen des Zentrums abgelehnt, und darauf der ganze Titel 1. Ministerium, durchschnittlich für ein Jahr 217,348 M., für beide Jahre 434,696 Mark, genehmigt.

Bei Titel 2, Landeskommissäre, werden jährlich 56,331 M., für beide Jahre 112,662 M. verlangt.

Das Haus bewilligt beide Summen den Beschlüssen der Kommission gemäß.

Titel 3, Verwaltungsgerichtshof, erfordert für beide Jahre 107,938 M. und wird ohne Debatte genehmigt.

Titel 4, Verwaltungshof. An Gehalten werden im Voranschlag bei einer Stellenzahl von 41 an Gehalt und Nebengehalt 130,340 M. für 1892 und 131,780 M. für 1893 verlangt (worunter eine Forderung für einen weiteren Revisionsvorstand) und ferner mehrere Posten für sonstige Ausgaben.

Das Haus bewilligt die für beide Jahre angeforderte Gesammtsumme von 326,952 M.

Titel 5, Generallandesarchiv, wird jährlich mit 36,840 M. ohne Debatte bewilligt, ebenso

Tit 6, Oberaichungsamt, mit 2313 M. jährlich und

Titel 7, Rheinschifffahrtsbehörde, mit 1886 Mark jährlich.

Bei Titel 8, Durchführung der sozialen Gesetze, regt Abg. Wilckens die Frage an, ob den Gemeinden, die jetzt in Folge der Alters- und Invaliditätsversicherung mit Arbeiten außerordentlich stark überladen seien, nicht eine entsprechendere Entschädigung von der Versicherungsanstalt oder dem Staate gewährt werden könnte. Es frage sich, ob die 4 Prozent der Einzugsbeiträge nicht erhöht werden könnten.

Abg. Klein-Wertheim schließt sich dem Wunsche des Vorredners an und bestätigt die große Arbeitslast der Gemeinden mit der Durchführung der sozialen Gesetzgebung. Die Versicherungsanstalt sei wohl in der Lage, entsprechende Vergütung dafür zu zahlen, damit die Gemeinden nicht mehr, wie bisher, oft das Dreifache zu den Unkosten beitragen müßten. Weiter bringt Redner eine Anzahl von Beschwerden bezüglich der praktischen Ausführung des Gesetzes und des Unfallversicherungsgesetzes vor, die Regierung um thunlichste Abhilfe ersuchend.

Abg. Lohr bellagt, daß das Alters- und Invaliditätsgesetz auch auf die Land- und Forstwirthschaft ausgedehnt wurde. In Bayern sei schon starke Agitation dagegen eingeleitet und dasselbe werde auch bei den nächsten Wahlen ein höchst wirkungsvolles Agitationsmittel bilden.

Abg. Straub bemerkt, daß sich die Ausführungen der Abgg. Wilckens und Klein um Vergütung an die Gemeindebehörden ganz in dem Rahmen des von ihm und einigen Freunden gestellten Antrages bewegten. Ueber die Höhe der Vergütung könne man verschiedener Meinung sein; vier Prozent der Einzugsbeiträge seien allerdings oft nicht genügend. Redner bespricht dann noch einzelne Fragen der Unfall- und Gemeindeversicherung. Die Beschwerde des Abg. Lohr könne er in ihrer Allgemeinheit durchaus nicht anerkennen. Die Wohlthaten des Alters- und Invaliditätsgesetzes hätten sich auch bei der ländlichen Bevölkerung schon Geltung verschafft. Bezüglich der nur vorübergehend beschäftigten Lohnarbeiter der Landwirthe macht Redner mehrere Vorschläge, deren Anregung beim Bundesrathe wünschenswerth erscheine.

Abg. Frank bestätigt, daß das Alters- und Invaliditätsgesetz für die landwirthschaftlichen Arbeiter in Baden wenigstens gar keinen Werth habe; in andern Theilen mögen ja die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes ganz angebracht sein. Redner bringt gleichfalls verschiedene Klagen in dieser Hinsicht zum Vortrage und hofft, daß die Regierung für möglichste Anpassung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzes an die badischen Verhältnisse beim Bundesrathe eintreten werde.

Abg. Schuler macht einige Bemerkungen über das Arbeiterschutzgesetz. Die frühere Auskunft der Regierung über die Sonntagsruhe habe ihn nicht befriedigt. Er frage, ob sich der Fronleichnamstag und der Charfreitag auch des Schutzes des Gesetzes zu erfreuen haben sollen im Sinne des §. 105 a. Ferner bitte er die Regierung, darauf zu dringen, die gesetzlich erlaubten 5 Arbeitsstunden am Sonntag erst nach Beendigung des Hauptgottesdienstes beginnen zu lassen. Im Uebrigen wünsche er strengste Bestimmungen gegen die Sonntagsarbeit.

Ministerialrath Schenkel widerlegt einzelne Ausführungen des Vorredners, und weist bezüglich der Sonntagsruhe auf seine früheren Ausführungen hin. Am Fronleichnamstage und Charfreitag werden in allen Gemeinden mit einer ausschließlich darin vertretenen Konfession dieser Tag als Feiertag bestimmt. Ob nicht in allen Gemeinden gleichzeitig diese beiden Tage als Feiertage betrachtet werden sollten, überlasse die Regierung der Beurtheilung der betreffenden Kreise. Werde die gemeinsame Durchführung der Sonntagsruhe dafür gewünscht, so würde die Regierung sich nicht dagegen stellen. Ueber die gewerbliche Sonntagsruhe werde beim Ministerium des Innern erst im Laufe des nächsten Monats das gesammte Material vorhanden sein, und darnach werde sich das Urtheil des Ministeriums richten. Daß das Invalidenversicherungsgesetz für die Landwirthschaft keine Bedeutung habe, sei unzutreffend; im Uebrigen müsse man erst weitere Erfahrungen machen und dann werde der Bundesrath gerne bereit sein, die wünschenswerthen Abänderungen in Vorschlag zu bringen. Die Wünsche der Abgg. Straub und Frank über die Versicherung der nur vorübergehend beschäftigten landwirthschaftlichen Arbeiter seien der Regierung sympathisch; sie stelle zur Zeit nähere Untersuchung darüber an und werde versuchen, schon auf Grund der jetzigen Bestimmungen Abhilfe zu schaffen. Die Kosten für die Versicherung auf die Versicherungsanstalt zu übertragen, sei nicht angängig; die Gemeinden hätten sich, was besonders anerkannt werden müsse, fast sämmtlich mit großem Verständniß und dankenswerthem Eifer die Durchführung dieser Versicherungskassen angelegen sein lassen. Die Frage der Ueberlastung der Gemeinden durch die soziale Gesetzgebung solle einer Prüfung unterzogen werden.

Abg. Schuler sagt, daß das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz eben so wenig, wie das Branntweinsteuergesetz für die badischen Verhältnisse passe.

Abg. Schlusser wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Schuler über die Sonntagsruhe; die Geschäftsleute dürften durch die bezüglichen Bestimmungen nicht noch mehr geschädigt werden.

Abg. Eder wünscht Vereinfachung der Kassenverwaltungen.

Abg. Löffler erklärt sich im Allgemeinen mit den Ausführungen der Abg. Frank u. A. über die landwirthschaftlichen Versicherungen einverstanden.

Abg. Dreesbach begrüßt mit Freuden die Ansichten der Regierung über die Sonntagsruhe; er hege das Zutrauen zu der Regierung, daß sie den Geist des Gesetzes über die Sonntagsruhe richtig auslegen und den Betheiligten wirklich die so dringende Sonntagsruhe bringen werde.

Nach einigen weiteren unwesentlichen Bemerkungen der Abgg. Schuler und Reichert und dem Schlußwort des Berichterstatters wird die Debatte über Titel 8 geschlossen und die weitere Verhandlung auf Donnerstag Vormittag 9 Uhr vertagt.

Schluß der Sitzung: 2¼ Uhr.

Deutsches Reich.

* **Karlsruhe**, 24. Febr. Der gegenwärtig herrschenden „Ungewißheit“ über die Zukunft des preußischen Volksschulgesetz-Entwurfes sucht die Germania ein jähes Ende zu bereiten, sie schreibt unter der Rubrik: „Der Kaiser und der Volksschulgesetz-Entwurf“:

„Nachdem bereits durch mehrere Blätter die Meldung gegangen ist, daß der Kaiser auf dem am Donnerstag Abend bei dem Reichskanzler stattgehabten parlamentarischen Essen auch über das Volksschulgesetz sich geäußert und auf die Bemerkung, daß die Kommission erst 14 Paragraphen erledigt, erwidert habe: „Dann werden Sie ja wohl bis zum November sitzen können“, haben wir keinen Grund mehr, mit der von unterrichteter Seite auch uns zugehenden Bestätigung dieser Aeußerung des Kaisers zurückzuhalten. Und da liberale Blätter in sehr durchsichtiger Absicht die Nachricht verbreiten, der Kaiser wünsche, daß der Gesetzentwurf mit Hilfe der Nationalliberalen und der Freikonservativen zu Stande komme, so möge hier auch die weitere und ebenfalls verbürgte Mittheilung Raum finden, daß der Kaiser bei dem erwähnten Essen der Hoffnung Ausdruck gegeben hat, das Gesetz möge nach dem vorliegenden Entwurf zu Stande kommen.“

Welcher Wind die Segel des ultramontanen Schiffleins schwellt und wohin der Kurs des letztern zielt, erhellt inzwischen recht deutlich aus einem Aufsatze des klerikalen Metzer Lorrain, welcher ausführt, die Beilegung des religiösen Streites in Deutschland habe eine Annäherung des preußischen Königshauses an den Vatikan zur Folge gehabt, in der man vielleicht die Einleitung zur Rückkehr des ganzen Landes in den Schooß der Kirche erblicken dürfe. Am Schlusse des Artikels heißt es dann wörtlich:

„O wenn doch Gott das Haus Hohenzollern zum katholischen Glauben zurückführen wollte! Die Konversion des Prinzen Albert (?), der Königin Maria von Bayern, sowie der Uebertritt der Herzogin von Sparta zur griechischen Kirche sind vielleicht Anzeichen dafür. Wer weiß, was die Geschichte der zukünftigen Zeit unsern Enkeln aufbewahrt hat.“

Ein solch' offener Zweifel an der religiösen Ueberzeugungstreue des Hohenzollernhauses ist wohl noch nirgends in dieser Form ausgesprochen worden. Daß jemals ein König von Preußen die Fundamente verlassen könnte, auf denen sein Haus und sein Staat steht, glaubt der klerikale Verfasser wohl selbst nicht, aber es ist ein Zeichen der Zeit, daß, wie in den Anfängen des Kulturkampfes die Germania an die Lehnin'sche Weissagung die Prophezeiung von der Katholisirung des preußischen Königshauses knüpfte, so jetzt die gleichen Wünsche sich wieder an das Tageslicht wagen.

* **Karlsruhe**, 24. Febr. Aus Wien kommt die Meldung von einer großen Kundgebung Arbeitsloser in Hernals. Etwa 3000 Personen hatten sich in Hernals versammelt und griffen die Redner aufs Heftigste die Regierung und die Mehrheit des Reichsraths wegen der Verzögerung der Verkehrsbauten an, da die Noth unter den Arbeitern aufs Höchste gestiegen sei. Namentlich wurden die Grundbesitzer beschuldigt, daß sie dem Volke Brod und Fleisch vertheuerten und nun auch noch die Arbeit vorenthielten. Der letzte Redner sagte sogar: „Wenn das Parlament sich nicht um das Volk kümmere, so müsse das Volk zum Parlament ziehen und die Herren dahin schicken, wohin sie gehörten.“ Hierauf lärmende Rufe „das Zuchthaus“! Der Regierungskommissär löste hierauf die Versammlung auf. Vor dem Rathhause fanden sich dann später etwa 6—800 Arbeiter ein, wurden aber durch ein starkes Polizeiaufgebot zersprengt, wobei 12 Personen verhaftet wurden. Die Uebrigen flüchteten und herrschte bei einbrechender Dunkelheit auf dem Rathhausplatze die vollste Ruhe.

△ **Bretten**, 22. Febr. „Dunkle Dinge werfen ihre Schatten voraus“, daran muß man unwillkürlich denken, wenn man aus unserem Bezirk gleichzeitig vernimmt, daß der Antisemitenführer Welcker aus Ulm — Herausgeber der dortigen Schnellpost und vormals Schriftführer im Stöcker'schen Hauptquartier zu Berlin — in nächster Zeit in geeigneten Ortschaften des 13. Reichstagswahlkreises antisemitische Vorträge zum Zweck der Gründung von Bauernvereinen halten wird, während die neuen Bundesgenossen seiner Partei, die Zentrumsmänner, schon am verflossenen Sonntag ihm den Rang abgelaufen haben, indem sie in Bauerbach die Bildung eines solchen Vereins, der aber keine antisemitische Tendenz haben soll, betrieben und angeblich auch erreichten. In der Bauerbacher Versammlung seien, so hörte man gestern, der Reichstagsabgeordnete Schuler, der Landtagsabgeordnete Pfarrer Gerber und der Baron Peter von Menzingen als Bauernvereinsgründer aufgetreten und ihrem Liebeswerben soll es gelungen sein, etliche 60 Bauerbächer zu überzeugen, daß die neue Gründung ein dringendes Bedürfniß geworden ist. Man weiß wirklich nicht, ob man sich mehr wundern soll über die Scheinheiligkeit, welche bei diesem Gründungsschwindel obwaltet, oder über die Einfalt der davon Angesteckten; denn kein vernünftiger Mensch wird glauben wollen, daß die Sorge um Besserung unserer kleinbäuerlichen Verhältnisse die Herren hinaustreibt, um den Samen der Zwietracht in einen schon seit Jahren politisch ruhigen und überdies durch einen konservativen, aus dem Kartell hervorgegangenen Reichstagsabgeordneten vertretenen Bezirk zu tragen. Bezeichnend für das neue, durch das preußische Volksschulgesetz schärfer hervortretende schwarze Bündniß und seine wahrscheinlichen Folgen ist für uns der Umstand, daß jetzt schon jede der beiden Parteien, die Stöcker-konservative und die ultramontane, der andern zuvorzukommen sucht; denn kaum war der Beginn der Welcker'sche Gründungsreise auf 6. März angezeigt, als auch sofort die erste Gründung der ultramontanen Freunde erfolgte; der katholische „von“ Menzingen zieht gegen den protestantischen „von“ Douglas aus und sucht diesen zu übertrumpfen, indem er um die Freundschaft der Semiten wirbt (vergl. den früheren P Artikel des Beobachters). Wie lange man noch auf liberaler Seite diesem Treiben thatlos zusehen will und ob der weitaus freisinnig-protestantische, mit den Gesinnungen unseres früheren Reichstagsabgeordneten von Göler einig gehende Theil der Bevölkerung, Angesichts mancher anderer Vorkommnisse, es nicht bald für nothwendig hält, den Standpunkt des Abwartens zu verlassen, das hängt anscheinend ganz davon ab, was von anderer Seite für Erfolge erzielt werden, und wenn diese dann doch andere und vielleicht nachtheiligere sind, als man heute vermuthet, dann wird man sich wieder wie schon oft sagen: „Es ist von uns leider nichts oder zu spät etwas geschehen.“ Davor sei heute schon gewarnt!

♂ **Berlin**, 23. Febr. Dem Bundesrathe ist der im Reichseisenbahnamte ausgearbeitete Entwurf eines neuen Betriebsreglements für die Eisenbahnen Deutschlands zugegangen. Dasselbe ist auf der Grundlage des Berner Uebereinkommens umgestaltet und möglichst gleichlautend mit den neuen Betriebsreglements Oesterreichs und Ungarns. Fremdwörter sind nach Möglichkeit durch gleichbedeutende deutsche Ausdrücke ersetzt worden. — Mit der Niederreißung der „Schloßfreiheit“ soll am 15. Juni begonnen werden, nachdem nunmehr endgiltig entschieden ist, daß das Denkmal Kaiser Wilhelms I. auf der Schloßfreiheit errichtet werden soll. — Die Hamburger Reform, ein deutsch-freisinniges Blatt, stellt nach 44jährigem Bestehen Ende dieses Monats sein Erscheinen ein. — Der Kaufmann Schwieger, der bekanntlich s. Zt. in Gemeinschaft mit dem Buchhalter Frank die deutsche Bank um etwa 3¼ Millionen Mk. geschädigt hatte, ist gestern zu 4 Jahren Gefängniß und 3000 Mk., event. noch 300 Tage Gefängniß verurtheilt worden. (Durch die Untersuchungshaft wurden 3 Monate für verbüßt erachtet). Sein sauberer Mitschuldigre, der Buchhalter Frank, ist flüchtig und der hinter ihm erlassene Steckbrief bisher ohne Erfolg geblieben, weßhalb das Gericht beschlossen hat, vorläufig gegen Schwieger allein zu verhandeln.

N **Berlin**, 23. Februar. In der Angelegenheit von Deutsch-Südwestafrika wird uns aus kolonialpolitischen Kreisen geschrieben: Schon seit längerer Zeit schwebten zwischen dem Auswärtigen Amte und der deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika einerseits und einem deutsch-englischen Konsortium andererseits Unterhandlungen, um einen Theil des Besitzes der genannten Gesellschaft in Deutsch-Südwestafrika an eine zu bildende große und kapitalkräftige Gesellschaft abzutreten. Diese Gesellschaft sollte ihren Sitz in Hamburg haben und es war in dem Statutenentwurf vorgesehen, daß die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungsraths deutsche Reichsangehörige sein mußten; auch sonst waren alle Kautelen getroffen, um den Karakter einer deutschen Gesellschaft zu wahren. Wie erinnerlich hatte sich auch der Kolonialrath wiederholt mit der Frage der Bildung dieser Gesellschaft beschäftigt. Dem Konsortium war gegen Hinterlegung einer Kaution von, wie wir hören, 200,000 M. bis zum 18. Februar d. J. das Vorkaufsrecht auf bestimmte Theile dieses deutschen Gebietes überlassen worden, und es hatte noch bis vor kurzer Zeit den Anschein, als ob die Gesellschaft bis zu dem obigen Termine fertig konstruirt werden würde. Inzwischen waren aber die englischen Kolonialwerthe bedeutend in ihren Kursen zurückgegangen, und da

der englische Markt für dieses große Unternehmen mit in Betracht gezogen werden mußte, war augenblicklich das für die Bildung der Gesellschaft nothwendige Kapital nicht zu beschaffen. Auf einen weiteren Aufschub konnte sich das Auswärtige Amt schon mit Rücksicht auf andere in der Schwebe begriffene Unternehmungen in diesen Gebieten nicht einlassen, und so ist denn vorgestern das deutsch-englische Konsortium, unter Preisgebung der Kaution endgiltig von dem vorläufigen Vertrag zurückgetreten. Es ist zur Zeit kaum zu übersehen, welche Wirkung das Scheitern dieser Verhandlungen auf die Weiterentwickelung unseres Besitzes in Deutsch-Südwestafrika ausüben wird, die Hoffnung aber glauben wir schon jetzt mit Sicherheit aussprechen zu können, daß die Nutzbarmachung dieser so werthvollen deutschen Kolonie nun von Neuem und energisch in die Hand genommen werden wird, und darauf zielende Bestrebungen auch die kräftige Unterstützung des Auswärtigen Amtes finden werden.

Berlin, 22. Febr. Zum Kapitel „General und Zeitungsschreiber schreibt die Voss. Ztg.: „Es ist ja mit der Presse eine eigene Sache. Kein Mensch wird deren Werth und deren Gewicht im Uebrigen im öffentlichen Leben leugnen. Für das militärische Leben leugne ich sie aber vollständig und halte die Einwirkung jeder Presse — ich nehme keine davon aus — für durchaus schädlich." So sprach der General Graf von Caprivi im Reichstage. Wenn General Graf von Caprivi sich in die Kriegsgeschichte vertieft, begegnet ihm vielleicht der Name William Howard Russel. Das war ein Mann, der „seinen Beruf verfehlt" hatte. Er sollte eigentlich Jurist werden, wurde aber Zeitungsschreiber, veröffentlichte hübsche Schilderungen der Wahlkämpfe in Congford, beschrieb Bälle, Festlichkeiten, Parlamentssitzungen und — verstand von militärischen Verhältnissen doch mehr als nahezu alle englischen Minister, Generale und Admirale zusammen, obwohl er nicht einmal Soldat gewesen war. Er ging als Berichterstatter der Times nach dem Orient und veröffentlichte Urtheile über die Militärverwaltung und die Kriegführung, welche in der ganzen zivilisirten Welt namenloses Aufsehen machten. Der „Zeitungsschreiber" sah, was alle Heerführer nicht gesehen hatten. Sie straften ihn Lügen, der Ministerpräsident bezeichnete seine Thätigkeit als durchaus schädlich; aber Russel hatte dennoch nur die Wahrheit gesagt, und seine Berichte führten den Sturz des Kabinets Aberdeen und die Berufung Palmerston's herbei und bewirkten eine durchgreifende Reform der britischen Militärverwaltung und damit eine Beschleunigung des siegreichen Ausganges des Krimkrieges. Dies ist ein Beweis, daß die Presse auch auf militärischem Gebiete sehr heilsam wirken kann. Aus Russel's Briefen über den Krimkrieg werden die Militärs noch heute mehr lernen, als aus den meisten Werken der Generäle über jenen Feldzug."

Frankfurt a. M., 22. Febr. Nach Mittheilungen der Frkf. Ztg., welche derselben von authentischer Seite zugegangen sind, ergaben die Steuererklärungen in der Stadt Frankfurt 4,500,000 M. gegen 2,500,000 M. der früheren Veranlagung; das Mehr beträgt daher 80 Proz.

Braunschweig, 23. Febr. Eine heute veranstaltete Versammlung von 1000 Arbeitslosen wurde wegen aufreizender Reden polizeilich aufgelöst. Vor dem Lokale kam es zwischen Arbeitslosen und Polizeibeamten zu einem Konflikt. Sieben Personen wurden verhaftet.

Braunschweig, 23. Febr. Dem Vernehmen nach reist der Regent Prinz Albrecht Mitte März wieder auf einige Wochen zur Kur nach Baden.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien,** 23. Febr. Die gestern verhaftete Abordnung von Arbeitslosen wurde heute wieder in Freiheit gesetzt. Der Führer der Abordnung Hauser wurde zu einer fünftägigen Gefängnißstrafe verurtheilt.

* **Wien,** 23. Febr. Bei der gestrigen Arbeiterkundgebung wurden insgesammt 16 Personen verhaftet und polizeilich zu Haftstrafen von 2 bis 5 Tagen verurtheilt. Wegen einiger der Ruhestörer erstattete die Polizei dem Bezirksgerichte Anzeige.

Frankreich.

♀ **Paris,** 23. Febr. Noch immer weiß man nichts Gewisses. Ein neues Ministerium de Freycinet (der bisherige Premier ist für heute Nachmittag abermals in das Elysee beschieden worden); ein Ministerium Loubet, in welches die meisten Mitglieder des alten Kabinets eintreten würden; und im Falle des Mißlingens dieser beiden Kombinationen ein Ministerium Meline oder Rouvier — das sind die Möglichkeiten, welche in diesem Augenblicke in Aussicht gestellt werden. In den politischen Kreisen wird die Stimmung merklich unbehaglicher und reizbarer; das Publikum, welches bisher den Vorgängen ziemlich gelassen zuschaute, beginnt eine ärgerliche Verwunderung zu zeigen; die Börse ist unthätig, verräth aber noch keine Besorgnisse. — Die Haussuchungen bei den Anarchisten sind heute fortgesetzt worden. Nur bei einem Anarchisten in Asnieres, Namens Bordier, hat man mehrere Dynamitpatronen aufgefunden, und zwar nicht in seiner Wohnung, sondern in einem Lokal, welches er für die Zusammenkünfte mit seinen Parteigenossen gemiethet hatte. Sie waren unter einem Kohlenhaufen versteckt. Bordier behauptete, nicht zu wissen, wie sie dorthin gekommen. Er wurde gleichwohl verhaftet

Paris, 23. Febr. Um 8 Uhr Abends sandte Carnot einen besonderen Kurier an Rouvier, um ihn zu benachrichtigen, daß er ihn zur Bildung des neuen Kabinets ausersehen. Rouvier antwortete, er würde einige Kollegen des abgehenden Ministeriums und politische Freunde befragen und morgen im Elysee vorsprechen, um Antwort zu geben. Der Erfolg der Kombination Rouvier wird, lt. Fr. Ztg., in politischen Kreisen für sehr wahrscheinlich gehalten.

Spanien.

Madrid, 23. Febr. In den Städten Xeres, San Fernando und Cadia wurden gestern neuerdings anarchistische Verhaftungen vorgenommen; 78 Anarchisten sind verhaftet.

Rußland.

* **St. Petersburg,** 23. Febr. Durch ein heute veröffentlichtes Gesetz wird der russischen freiwilligen Flotte für zehn Jahre eine Unterstützung im Betrage von 600,000 Rubel jährlich Seitens der Regierung gewährt unter der Bedingung, daß die Flotte in dieser Zeit vier neue schnellgehende Dampfer mit einem Deplacement von nicht unter 8000 Tons jedes Schiff und zwei neue Transportdampfer erwirbt, welche speziell für die Handelschifffahrt eingerichtet sind.

Bulgarien.

Sofia, 23. Febr. Der Prozeß gegen die der Mitschuld an der Ermordung des weiland Finanzministers Beltschew verdächtigen Gefangenen wird demnächst seinen Anfang nehmen. Die Akten sind dem Kriegsministerium zugestellt worden, um die Aufstellung der Anklageschrift zu veranlassen. Die Angeklagten werden von einem Militärgericht abgeurtheilt werden, wie es in dem Gesetze gegen das Räuberunwesen vorgesehen ist.

Baden.

Karlsruhe, 23. Febr. Heute Vormittag empfing S. K. H. der Großherzog den Geheimerath Dr. Nokk zu längerem Vortrag. Hierauf meldete sich der Oberstleutnant von Benedendorff und von Hindenburg, Abtheilungschef im Kriegsministerium und der Sekondeleutnant Peters vom bad. Trainbataillon Nr. 14. bisher im Infanterieregiment Nr. 129. Nachmittags ertheilte Seine Königliche Hoheit, lt. Hofbericht, verschiedenen Personen Audienz und hörte dann den Vortrag des Legationsraths Dr. Frhr. v. Babo. Abends besuchten JJ. KK. HH. der Großherzog und die Großherzogin das Ludwig-Wilhelm-Krankenheim, wo Prälat D. Doll eine Andacht zum Gedächtniß des Heimgangs weiland Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Ludwig Wilhelm hielt.

✕ **Heidelberg,** 23. Febr. Mit dem gestrigen sechsten Konzert haben die musikalischen Aufführungen des Bach-Vereins einen glänzenden Abschluß gefunden. Zur Aufführung gelangten die Hauptstücke aus „Parsifal", die in ganz vortrefflicher Weise gespielt wurden. Auch der große Chor hielt sich ausgezeichnet. Das Orchester war dieses Mal für die Zuhörer unsichtbar, durch eine Wand und Lorbeerbäume verdeckt, thätig, wodurch eine ganz eigenartige Wirkung erzielt wurde. Theodor Reichmann, der Bayreuther Umfortas, hatte auch hier die Partie übernommen und begeisterte durch seinen herrlichen Vortrag. „Meistersinger-Vorspiel und Schluß" bildeten den zweiten Theil. Der Saal war wiederum ausverkauft. Das große Interesse, das aus den musikalischen Kreisen der umliegenden Städte unseren Konzerten entgegen gebracht wird, beweist, zu welcher künstlerischen Höhe Professor Dr. Wolfrum dieselben erhoben hat.

Freiburg i. Br., 22. Febr. Nunmehr ist auch die badische Regierung der Frage der Universitätsferien näher getreten. Sie weist, wie die Allgem. Ztg. meldet, in einem Erlaß auf den späten Anfang und den frühen Schluß der Vorlesungen hin und spricht die Erwartung aus, daß auch ohne eine den Beginn und Schluß der Vorlesungen genau festsetzende Bestimmung die einzelnen Professoren, namentlich die Vertreter der Hauptfächer, eine längere Dauer des Semesters und ein längeres Verbleiben der Studirenden in den Universitätsstädten herbeiführen werden.

△ **Bretten,** 23. Febr. Ganz über alles Erwarten hat sich der gestern abgehaltene erste Frühjahrssaatgutmarkt gestaltet; es wurde mit demselben einem bisher kaum geahnten Bedürfniß unserer Landwirthschaft begegnet und ein Erfolg erzielt, der dem neuen Unternehmen die beste Zukunft voraussagen läßt. Der Zweck solcher Märkte ist im Allgemeinen bekannt; es soll der Landwirth durch sie zu möglich öfterem Saatwechsel veranlaßt u. ihm Gelegenheit gegeben werden, nach den auf dem Markt ausgestellten Mustern seine Bestellungen zu machen, sei es unmittelbar bei dem Verkäufer oder mittelbar durch die beim Markt thätige Geschäftsstelle, das heißt durch die Vertreter des landw. Vereins oder des landw. Verbrauchsvereins, oder des Ortsvereins, oder der den Markt haltenden Gemeindebehörde. Auch der Kleinbauer ist dadurch in der Lage, in gemeinschaftlichem Bezug sich die Großpreise zum Nutzen zu machen, die bekanntlich bei neuen Getreide- und Kartoffelsorten wesentlich billiger sind, wie die Einzelpreise; überdies hat er in der Marktordnung die Sicherheit, daß nur nach Muster und zu festem Preis geliefert wird. Das Unreelle und die Chikanen des Zwischenhandels sind beseitigt und überdies bietet der Markt Gelegenheit zum vortheilhaftesten Absatz verkäuflicher Saaten. Der hiesige Markt wurde durch den landw. Bezirksverein und den Verband der landw. Konsumvereine mit Unterstützung der Gemeindebehörde veranstaltet und im großen Rathhaussaale abgehalten. Dieser erwies sich aber bei dem ganz außergewöhnlichen Besuch, der sich zeitweise zu einem fast undurchdringlichen Menschenknäul machte, wirklich zu klein und zeigte, daß für künftige Märkte unbedingt die Turnhalle benützt werden muß. Im Ganzen mögen 700—800 Personen anwesend gewesen sein; von der agrikulturchemischen Anstalt war Herr Dr. Beinling, vom landw. Verein Herr Kreiswanderlehrer Hüber und Herr Kreiswanderlehrer Vinzenz, vom Proviantamt Bruchsal Herr Rendant Hofmann anwesend. Die Ausstellung umfaßte annähernd 160 Samenproben und zwar geordnet nach Getreide, Kleesamen, Wurzelgewächse, Hülsenfrüchte und Kartoffeln. Der Handel in Saatgetreide und Kartoffeln war sehr belebt, was jedenfalls auf die reichhaltige Sammlung durchweg schöner und bewährter Sorten zurückzuführen ist. Zur Anzeige der abgeschlossenen Verkäufe bestund keine Verpflichtung, trotzdem wurden annähernd 200 gemeldet, die theilweise jetzt, nach der Ausstellung, durch die Geschäftsstelle in Vollzug kommen. Von Vereinen hatten sich die landw. Verbrauchsvereine Helmsheim, Schönfeld im Taubergrund und Bretten betheiligt; von Großhandlungen und Züchtereien: E. Rödel in Tagwerben bei Weißenfels a. S. (dieser hauptsächlich mit schönem Getreide und Kartoffelneuheiten), Krieger-Zuzenhausen und Richter-Zwickau mit Kartoffelneuheiten, Lay-Pforzheim mit Hafer, Ziegler-Sinsheim und Fellmann-Schwaigern, Baumeister und Lindner-Bretten mit Klee- und sonstigen Sämereien, Klorer-Endingen mit Hanf, Mais und Hülsenfrüchten, ebenso die Gärtner Rittmann-Bretten und Knobloch-Gondelsheim, sowie Kaufmann Steinbach-Gondelsheim. Größere Gutsbesitzer waren vertreten durch Funk-Bonartshausen, Bachmann-Neuhof, Körner-Gondelsheim, Walz-Gondelsheim, Förster-Hemsbach u. s. w. Besucht war die Ausstellung außer aus den badischen Bezirken Bretten, Bruchsal, Durlach und Pforzheim auch sehr stark aus dem Oberamtsbezirk Maulbronn, so daß seine Vortheile einem weiteren Kreis zu gut kommen und Anlaß für eine regelmäßige Wiederholung, das erste Mal im September d. J. in Verbindung mit Ausstellung von Verbrauchskartoffeln in größeren Mengen, geben werden.

♁ **Eppingen,** 23. Febr. Langsam schwinden durch der Sonne Strahlen die großen Schneemassen, wodurch einerseits keine Ueberschwemmungen vorkommen können, andererseits aber der große Vortheil vorhanden ist, daß das Wasser in die Erde eindringt und der besseren Vegetation der landwirthschaftlichen Gewächse Vorschub leistet. — Der Rechenschaftsbericht des hiesigen Frauenvereins enthält in den Einnahmen ein huldvolles Geschenk Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin von 100 M., in den Ausgaben neben den gewöhnlichen Wohlthätigkeitsunterstützungen auch eine Verwendung für den Kochkurs von 211 M. 89 Pfg. In den Vorstand wurden gewählt die Frauen: Pauline Gebhard, Oberamtmann Lamey, Professor Neuer, Bürgermeister Schmelcher. Altbürgermeister Bentel, Dr. Weng, Konditor Bitterich, Reg. Vielhauer, Heinrich Vielhauer und J. Gebhard.

‡ **Mosbach,** 24. Febr. An Stelle des freiwillig zurückgetretenen Bürgermeisters Lempp wurde heute durch den Ausschuß und Gemeinderath Altbürgermeister Strauß mit 39 Stimmen zum Bürgermeister der Stadt Mosbach gewählt; 11 Stimmen fielen auf Gemeinderath Konditor Krauß, 1 Stimme auf Gemeinderath Wilhelm Degendor.

⊥ **Triberg,** 23. Febr. Der hiesige Schwarzwälder Bankverein hatte im verflossenen Jahre einen Gesammtumsatz von 35,501,082 M. gegen 19,950,044 M. im Vorjahr. Der Reingewinn ist von 32,077 M. auf 59,168 M. gestiegen. Dem Reservefond wurden 2720 M. überwiesen, so daß derselbe nunmehr die gesetzliche Höhe von 100,000 M. erreicht hat und fortan als Hauptreserve in der Bilanz eingestellt bleibt. Es wird vorgeschlagen, eine Dividende von 6 Proz. zu vertheilen, einen Spezialreservefond zu bilden und demselben 4000 M. zuzuweisen, auch sollen 1000 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der Verein hat trotz der Ungunst der Zeitverhältnisse sehr günstige Ergebnisse erzielt.

□ **Vom Lande,** 23. Febr. Wiederholt schon hat die Frage der Regelung der sogenannten Dienstboten-Zieler in der Presse und in einzelnen städtischen Kollegien zur Erörterung gestanden, jedoch ohne daß irgend einmal etwas dabei herausgekommen wäre. Dieses Jahr macht sich nun wieder insofern ein Mißstand geltend, als ein Theil der Dienstboten am Frauentag (Maria Verkündigung am 25. März), ein anderer Theil am Ostermontag (18. April) die Stelle wechselt. Welcher von diesen beiden Tagen als Anfang oder Ende des Dienstverhältnisses gesetzlich gilt, scheint unter dem großen Publikum nicht genügend bekannt zu sein, sondern wird je nach der Willkür des einen oder andern Theiles behauptet, was schon zu zahllosen, unangenehmen Verklagungen der Dienstherrschaft gegen die Dienstboten und umgekehrt geführt hat, abgesehen von der großen Verlegenheit, in welche die Dienstherrschaft gerath, falls entschieden wird, daß der bisherige Dienstbote am Frauentag ziehen darf, während der kommende erst am Ostermontag den Dienst antritt, weil die Herrschaft diesen Tag als selbstverständlichen Tag des Dienstwechsels betrachtet hat. Dieses Jahr macht das gerade ein Unterschied von drei Wochen. So dient der eine Dienstbote von Frauentag bis Johanni 13 Wochen, der von Ostern bis Johanni nur 10 Wochen. Angesichts solcher Unterschiede und zur Vermeidung von Prozessen dürfte es sich denn doch empfehlen, die Regelung der Sache endgiltig in die Hand zu nehmen und die vier Kalendervierteljahre als Wechseltermine für das ganze Land einheitlich von Gesetzeswegen einzuführen. Wir können absolut keinen Grund finden, der für die Beibehaltung des alten Zopfes sprechen soll. — Wir glauben eine diesbezügliche Aenderung des Dienstbotengesetzes könnte — wenn die Mitwirkung der Kammer erforderlich und dies nicht auf dem Verordnungswege geschehen kann — dem gegenwärtig versammelten Landtage noch vorgelegt werden.

* **Aus Baden,** 24. Febr. Die Millionenerbschaft eines Freiburger Professors wird widerrufen. Die Erbschaft sei zwar immerhin eine recht hübsche, habe aber nichts mit Millionen zu thun. — Vom Reblande wird berichtet: Nachdem an den Reben in Folge der ungewöhnlich günstigen Herbstwitterung und des bislang normal verlaufenen Winters das Holz gut u. gesund sich entwickelt hat, ist Aussicht auf ein ordentliches Weinjahr vorhanden. — In Nimmenhausen wurde der bisherige Ortsvorstand, Herr Mathä Zaun, zum Bürgermeister wiedergewählt. — Am Montag entgleisten von einem abwärts fahrenden Güterzuge bei Zwingenberg mehrere Wagen, wodurch der Betrieb gestört wurde und die letzten Züge etwa zwei Stunden Verspätung erhielten.

Zur Bregthalbahnfrage.

♁ Aus dem oberen Bregthale, 21. Febr.

Wir waren in abgelaufener Woche im tiefsten Winter. Riesige Schneemassen machten den Verkehr beinahe zur Unmöglichkeit. Eine solche Winterlandschaft auf dem Schwarzwalde ist wohl ein prächtiger Anblick, namentlich für Solche, die mit den damit verbundenen Verkehrsstörungen nicht zu rechnen haben. Anders aber der Mensch, der mitten in seiner Geschäftsthätigkeit gehemmt ist, dem die Natur, zu den vielen Schwierigkeiten, die seinem Fortkommen im Wege sind, noch weitere Hindernisse bereitet. Und wenn heute drunten der Residenzler bei der jetzt am Himmel stehenden Fabruarsonne von Frühlingsahnungen überwältigt werden will, so steht es mit dem Geschäftsmenschen auf dem Schwarzwalde noch schlimmer. Die Sonne leckt an vielen Plätzen den Schnee hinweg, an andern liegt er metertief und wird auf geraume Zeit unser Gütertransport weder mit Wagen noch mit Schlitten bewerkstelligt werden können. Bei allen diesen tief empfundenen Wiederwärtigkeiten war uns ein Trost geblieben, daß wir durch die gütige Fürsorge der großh. Regierung in allernächster Zeit ein Verkehrsmittel haben werden, welches uns über solche Störungen hinwegsetzt und daß endlich nach jahrzehntelangem Warten dies der letzte Winter der „traurigen, der eisenbahnlosen Zeit" sei. Auf die Enttäuschung, der wir im vergangenen Jahre ausgesetzt waren, als wider Erwarten der Bau der Bahn nicht in Angriff genommen wurde, hat die Hoffnung um so festere Wurzeln gefaßt, daß das Jahr 1892 mit Beginn des Frühlings ein schneidiges Vorwärtsgehen auf der ganzen Linie bringen würde. Aber was ist das für ein Frühlingswehen für uns eingeschneite, von dem Weltverkehr abgeschnittene Wäldler, wenn wir die Berichte über die 31. Sitzung der 2. Kammer lesen!? Wir hatten den felsenfesten Glauben, daß die Erfüllung unserer mehr als 1/4 Jahrhundert alten Wünsche auch nicht einen Monat mehr hinausgeschoben werden. Wie niederschlagend aber war es für uns, als Herr Ministerialdirektor Seubert dem Landtage berichtete, die Konzessionäre hätten heute erklärt, daß die Bregthalbahn erst im Laufe dieses Jahres, bezw. Anfang nächsten Jahres (also 1893) die obere Strecke im folgenden Jahre fertig gestellt würde. Bewohner des Landes, die unsere Gegend nicht kennen, müssen sich von derselben einen sonderbaren Begriff machen, wenn sie lesen, daß im Jahre 1891 die Strecke Hüfingen-Wolterdingen begonnen, hierzu das Jahr 1892 noch nothwendig und endlich für Anfang 1893 glücklich ein Betrieb dieser kleinen Strecke zu Stande kommen könnte. Unser Eisenbahnbataillon in Berlin würde die ganze Strecke von Hüfingen bis Wolterdingen bei den vorliegenden Terrainverhältnissen von einem Sabath zum andern fertig bringen.

Bei Schwierigkeiten am Gelände, die einer solchen Bauzeit auch nur einen Schein zur Berechtigung geben könnten, absolut sind keine vorhanden. Wo liegen nun die Schwierigkeiten, welche die Bauunternehmer berechtigt, eine so merkwürdige Erklärung abzugeben? Warum nimmt man solche Erklärungen entgegen? Warum wird nicht auf strengste Einhaltung des abgeschlossenen Vertrages dem Konsortium gegenüber gehalten? Ist die Sache so gemacht, daß der Unternehmer dieselbe ganz nach seinem Ermessen versumpfen lassen oder ganz fallen lassen kann? Das sind Fragen, die in tiefer Erregung von Mund zu Munde gehen und je weniger man im Stande ist, dieselben zu beantworten, desto mehr wächst der Unmuth. Wenn die Gemeinden sich im Gefühle der Nothwendigkeit einer Bahnverbindung zu so großen Opfern einverstanden haben, wenn dieselben schon 35 Proz. der bewilligten Summen ausbezahlt haben, ist da noch zu staunen, wenn die Behandlung der Angelegenheit, wie dieselbe bis jetzt war, überall böses Blut macht? Darf man sich noch wundern, wenn unter diesen Umständen die seltsamsten Gerüchte in Umlauf kommen? Nachdem es ausgeschlossen ist, daß es Bauschwierigkeiten sind, die eine energische Inangriffnahme auf der ganzen Linie bis jetzt vereitelt haben, so müssen wir uns doch sagen, daß alle andern Gründe der Firma Bachstein, die heute für ein Hinausschieben des Baues geltend gemacht wurden, auch in jedem der kommenden Jahre wieder hervorgesucht werden können, und bei der Haltung, die bis jetzt an zuständiger Stelle beobachtet wurde, ist nicht abzusehen, wenn dieses Frage- und Antwortspiel ein Ende finden soll. Und wir im oberen Bregthale, wo die hochentwickelte Industrie und der Handel gebieterisch einen Anschluß an das Schienennetz erfordert, wo wir in tiefster Dankbarkeit und mit größtem Jubel den Gesetzentwurf über die Bregthalbahn und dann die Genehmigung derselben entgegen nehmen, uns gerne zu den uns auferlegten Opfern bereit erklärten, wir sollen nun einer solchen Verschleppung mit ruhigem Blute zusehen und uns von einem Jahr auf das andere vertrösten lassen? Wir haben das Gefühl einer sehr stiefmütterlichen Behandlung. Wie tief dies schmerzt, wie sehr dies Jedermann zu Herzen geht, hätten die Herren aus Karlsruhe aus der Stimmung entnehmen können, welche bei Erscheinen des betr. Landtagsberichts eingetreten ist. Dieser Stimmung geben diese Zeilen nur schwachen Ausdruck. Noch wollen wir hoffen, daß die Bregthalbahn überhaupt nicht in Schnee und Eis erstarrt, sondern zum Heil und Segen für die Bregthäler ein frischer, lebendiger Zug in die Sache kommt.

Volkswirthschaft.

✕ **Wolfach,** 21. Febr. Auf Einladung des hiesigen landwirthschaftlichen Bezirksvereins hielt heute Herr Hofrath Neßler von Karlsruhe einen längern, sehr belehrenden Vortrag über Beerobstkultur und Beerenweinbereitung, der auch für weitere Kreise von Interesse sein dürfte. Er verbreitete sich zuerst über die Anpflanzung der Beerobststräucher, wobei er hervorhob, daß der Boden zuerst etwa 30—40 Ztm. tief umgegraben, die gute Erde jedoch nicht unten, sondern etwa 6 Ztm. unter die Oberfläche gebracht werden müsse, da in dieser Tiefe diese Sträucher am meisten Wurzeln treiben. Auch pflanze man die Sträucher ja nicht zu eng und sorge dafür, daß überall genug Licht und Luft zukommen kann, d. h. man putze die Sträucher gehörig aus. Hierauf ging Herr Hofrath Neßler zur Weinbereitung über. Als Grund, daß vielfach die Weinbereitung nicht recht gelinge oder der Wein gar sauer werde, gab Herr Hofrath Neßler hauptsächlich 3 Gründe an. Vielfach wird zu wenig Wasser genommen, auch gähre der Wein zu lange nicht oder zu langsam und drittens werde

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

die Luft nicht genügend abgeschlossen. Wenn zu wenig Wasser beigemischt werde, so werde der Wein zu herb. Er empfiehlt bei Johannisbeeren auf 10 Liter Saft 30 Liter Wasser, bei Stachelbeeren auf die gleiche Menge Saft 18 Liter Wasser und bei Heidelbeeren 24 Liter Wasser. Da diese Beerenweine schwer gähren, da der Gährstoff, die Hefe, fehle, so nehme man auf den Hektoliter Wein 20 Gramm Salmiak. Dieser ersetzt die Hefe, ist nicht gesundheitsschädlich und wird vollständig aufgezehrt. Um die Gefäße luftdicht abzuschließen, wende man Gährspunden an. Sandsäcke seien weniger zu empfehlen, da die ausgeworfenen Hülsen u. s. f. leicht daran hängen bleiben, sich Essigsäure bilde und der Wein dann leicht sauer werde. Auch gab Herr Hofrath Neßler noch viele praktische Winke, hauptsächlich von den anwesenden Damen angeregt, wie über Geleebereitung, Flaschenreinigung, Ablassen des Obstweines und Anderes. Herr Oberamtmann Lang dankte am Schlusse Herrn Hofrath Neßler für den lehrreichen Vortrag, mit dem Wunsche an die Anwesenden, daß in Wolfach bald eine Ausstellung von Beerenweinen stattfinden möge.

Handelsnachrichten.

* **Magdeburg**, 23. Febr. (Zuckerbericht.) **Kornzucker ausschl. von 92 Proz.** 19.10, **Kornzucker ausschl.** 88 Proz. Rend. 18.25. **Nachprodukte ausschl.** 75° Rendem. 16.05. Still. Brodraffin. I. 29.75. Brodraffin. II. 29.50. Gem. Raffinade **mit Faß** 29.75. **Gem. Melis I. mit Faß** 28.25. Ruhig. Rohzucker 1. Produkt Transito f. a. B. Hamburg für Februar 14.40 G., 14.50 Br., für März 14.50 bez. u. Br., für April 14.65 G., 14.70 Br, für Mai 14.80 bez., 14.82½ Br. Matt.

* **London**, 23. Febr. (Metallbörse.) Kupfer Chili-Bars cash. 43⅝, ditto 3 Monate 44¼. — Zinn Straits cash 89—, ditto 3 Monate 89¾. — Blei spanisch 10⅞, ditto englisch 11—. — Zink ordinary brands 21¾, ditto spezial brands 22—.

* **New-York**, 23. Febr. **Baumwolle in New-York** 7⅛, **ditto in New-Orleans** 6 9/16. **Baumwolle für** Mai 6.95, für Juni 7.06, **Baumwollezufuhr vom Tage** 55,000, **Ausfuhr nach Großbritannien** 8000, **Ausfuhr nach dem Festlande** 21,000.

Städtisches.

☾ **Karlsruhe**, 22. Febr. Je näher die Fastnachtszeit rückt, desto toller treibt jetzt der Regent des Humors, der Komik und des Witzes sein Wesen und fast kein einziger Verein, keine einzige gesellige Gesellschaft hier hatte nicht schon ihren humoristischen Abend, oder ihre karnevalistische Sitzung oder ein Tanzkränzchen mit närrischer Unterhaltung 2c. Die Noth der schweren Zeit auf einige Stunden wieder zu vergessen, nach des Tages Last und Mühen im Kreise heiterer und lustiger Menschen, bei feuchtfröhlichen Freunden sich in geselliger Unterhaltung zu erholen und zu erfrischen, ist ein löbliches Thun und die Erinnerung an die genossenen heiter verbrachten Stunden macht manche Sorge, manche Arbeit leichter tragen. Es hat ja Alles seine Zeit und: „kommt die freudenlose Pause eilen wir zum Heringsschmause" heißt es im Liede, denn jenen ausgelassenen Stunden der Karnevalszeit folgt ja bald wieder der Ernst der Gegenwart, der Ernst des Lebens! Am vergangenen Samstag begann der Liederkranz mit einem von jeher stets gelungenen und daher auch immer stark besuchten Kostümkränzchen in den Räumen der „Eintracht." Aus der Fülle des Gebotenen ragten besonders der von 20 Paaren ausgeführte Fackeltanz und verschiedene vortrefflich gelungene Gruppirungen hervor. Die Effektnummer aber bildete der prächtige Wagen, auf welchem eine stattliche Fortuna, umgeben von Genien ihr mit Sträußchen gefülltes Füllhorn schwang, begleitet von zwei Pagen, welche Schilde trugen, auf denen die Kotillonorden für die Herren befestigt waren; das Fest verlief glänzend wie es begonnen. Am gleichen Abend hielt der Gesangverein Konkordia im Schrempp'schen Saale sein Kostümkränzchen ab. Was geboten wurde war schön und der Verein hat auf's Neue bewiesen, daß er seinen Namen alle Ehre macht. Die Chöre, Soli, Orchestervortrage gelangen alle insgesammt vortrefflich; einen Sturm von Beifall, der nimmer enden wollte, rief die vom nimmerrastenden vielseitig thätigen Dirigenten des Vereins, Herrn Hofschauspieler Hunkler, arrangirte und einstudirte „Kinderbauern-Polka" hervor. Ein mit großem Erfolg durchgeführte Gesangsposse endete den ersten Theil des Programms, der zweite: Tanz mit Kotillon dauerte bis gegen den frühen Morgen. Noch waren die letzten Töne kaum verklungen und der große Eintrachtssaal geleert und gelüftet, als schon wieder neue Zurüstungen für den Abend stattfanden, diesmal war es die Liederhalle, welche ihr Kostümkränzchen hielt, welches Sonntag Abend ½8 Uhr begann. Das Ganze hatte den Karakter eines Dienstbotenballes und so entwickelte sich denn frühzeitig ein Leben, so bunt und heiter, daß man nur seine Freude daran haben konnte. Rothbäckige hübsche Zimmer-, Kinder-, Wasch- und andere Mädchen, Schwarzwälderinnen, vollbusige Köchinnen, Gouvernanten 2c., Hausknechte, Lakaien, Kammerdiener, Fourriere, Stiefelwichser, Kutscher, Dienstmänner, Briefträger, Telegraphendiener, Amtsdiener, Dorf- und andere Polizisten, Köche, Bäcker, Metzger, dann viele Militärs, die mit ihren „Liebchen" kamen, Reservisten, Zollgardisten 2c. Alles das wogte und sprach durcheinander. Das Bureau der „Post- und des Telegraphenwesens der Liederhalle" hatte alle Hände voll zu thun, die Briefträger konnten ihre Briefe kaum besorgen. Ein eigenes „Heirathsvermittlungsbureau", welches eine dampfkraftartige Arbeitsthätigkeit entwickelte, war vorhanden, nebenan das Standesamt, wo die Paare sofort getraut wurde. Hier konnte man für wenig Geld verlobt, getraut und wieder geschieden werden. Der in der Nähe befindliche Arrest (Gasthaus zum goldenen Engel) war fast immer von vagirendem Gesindel besetzt; köstlich waren die anatomische Abtheilung und die Bude, in welcher die Riesendame Luna zu sehen war. Auch den kraft- und fleischstrotzende Athlethe mit seinem Kraftmesser, die Bude mit dem „selbstgespritzten" Honig, die Momentphotographie erregten große Heiterkeit. Das Alles war so gelungen arrangirt, so natürlich und voll Humor ausgeführt, die Stimmung so gemüthlich, heiter und fröhlich ohne überzuschlagen, daß wohl keiner der außerordentlich zahlreichen Theilnehmer sich nicht recht trefflich amüsirt hätte. Man kann daher den Leitern und Allen, die mithalfen, das Kompliment machen, daß die Liederhalle nicht nur vorzüglich singt, sondern daß sie auch versteht, ihren passiven Mitgliedern und Familienangehörigen angenehme und unterhaltende Abende zu bereiten.

☾ **Karlsruhe**, 22. Febr. Die Gesellschaft Einigkeit Karlsruhe veranstaltete heute Abend im Saale der Gesellschaft Eintracht ein Konzert der Kompagnie Italiana (Sopran, Bariton, Piano) unter Mitwirkung des Herrn J. Maier, Opernsänger von hier, dessen Erträgniß zu Gunsten der nothleidenden russischen Juden bestimmt war. Ein sehr reichhaltiges Programm brachte in wechselnder Folge Gesangs- und Klaviernummern namhafter italienischer Meister. Wir wollen uns bei keiner einzelnen Nummer aufhalten, was geboten wurde, war anerkennenswerth und besonders der Gesang vom Impulse der Empfindung getragen, wurde mit südlicher Verve gegeben. Wir müssen gestehen, daß unsere Ansichten über den italienischen Bel Canto sich nicht immer durch diese Vorträge deckten und daß auch im Klavierspiele eine allzugroße Energie des Anschlages die Empfindung dämpfte. Alles in Allem war ja das Publikum, das bewies der oft mehr als stürmische Beifall, durch das Gebotene höchlichst zufrieden und verlangte mehrere Nummern da cabo, wir stehen daher nur um des edlen Zweckes willen von jeder näheren Aussetzung ab. Den Schluß bildeten neapolitanische Volksgesänge im Kostüm, deren leidenschaftlicher Karakter die Hörer mit sich fortriß. Herr Opernsänger Maier zeichnete sich in seinen Liedern als gut geschulter Sänger aus und trug seinerseits wesentlich zum Gelingen des Ganzen bei. Der Besuch war ziemlich schwach.

× **Karlsruhe**, 24. Febr. Wie bereits angekündigt, findet der letzte der diesjährigen Festhalle-Maskenbälle nächsten Samstag, den 27. d. M., Abends, statt. Wie üblich, werden auch bei diesem Balle Preise im Gesammtbetrage von 800 Mark für die schönsten oder originellsten Einzelkostüme und Gruppen ausgesetzt. In die Ball- und Konzertmusik theilen sich die vollständigen Kapellen des 1. bad. Leibgrenadierregiments und 1. bad. Leibdragonerregiments unter Leitung der Herren Kapellmeister Böttge und Damm, im Ganzen 80 Musiker, und weist das Programm die beliebtesten Tänze auf. Die auf der Galerie der Festhalle zur bequemen Besichtigung des Maskenballes geschaffenen reservirten Balkonplätze (vorderste Reihe) sind in nur beschränkter Zahl vorhanden, weßhalb es angezeigt sein dürfte, sich zeitig Plätze zu sichern.

Drahtberichte.

⊥ **Konstanz**, 24 Febr. Maler Koppais Berufung wurde verworfen. Das schöffengerichtliche Urtheil wurde von der Strafkammer auf 4 Wochen erhöht.

** **Berlin**, 24. Febr. (Reichstag.) Beim Beginn der Sitzung erinnert der Präsident an die Eröffnung des Norddeutschen Reichstages vor 25 Jahren und führt an, daß noch acht Abgeordnete aus dieser Zeit vorhanden.

Alsdann begann die Berathung des sozialdemokratischen Antrages, betreffend die Aufhebung der Lebensmittelzölle.

Abg. Bock erklärt, die Sozialdemokraten werden nicht eher ruhen, bis die Lebensmittelzölle abgeschafft.

Die Abgg. v. Manteuffel, Buhl und Graf Behr sind für die Aufrechthaltung der landwirthschaftlichen Schutzzölle.

Abg. Bamberger tritt für vollständige Abschaffung der Lebensmittelzölle ein.

Abg. Bebel hält die Getreidezölle für ein Unglück, welches den weitaus größten Theil der Bevölkerung schwer schädige, namentlich im Osten.

Der Antrag der Sozialisten wird abgelehnt. Dann folgt Berathung des Antrags Auer, betreffend Aufhebung der Wirkungen des Sozialistengesetzes.

Abg. Stadthagen begründet den Antrag Klemm-Sachsen. Da das Sozialistengesetz nicht aufgehoben, sondern erloschen, könnten die Wirkungen desselben nur auf dem Gnadenwege aufgehoben werden.

Abg. Spahn ist gegen Herausgabe der beschlagnahmten Gegenstände, im Uebrigen für den Antrag, den auch Abg. Bar unterstützt.

Zweite Berathung findet im Plenum statt. Hierauf wird eine Reihe von Bittschriften erledigt.

Nächste Sitzung Donnerstag mit der Tagesordnung: Telegraphengesetz.

* **Danzig**, 24. Febr. Der Danziger Zeitung zufolge theilte der Polizeidirektor gestern dem hiesigen Magistrat mit, daß 3000 Arbeiter und 1500 Arbeiterinnen ohne Erwerb in großer Noth seien. Der Polizeidirektor ersuchte den Magistrat die Schaffung von Arbeitsgelegenheit schleunigst in Erwägung zu ziehen.

* **Paris**, 24. Febr. Nach den bisherigen Verhandlungen wurde Rouvier in der Bildung des Kabinets von Freycinet, Ribot, Constans und Develle unterstützt. Es heißt, Loubet und Burdeau würden in das neue Kabinet eintreten.

** **Paris**, 24. Febr. Rouvier hatte Vormittags mit mehreren Mitgliedern des früheren Kabinets eine Unterredung. Er beabsichtigt um zwei Uhr ins Elysee zu gehen. Eine Mittheilung aus amtlichen Kreisen dementirt die Nachricht, daß Rothschild, der gestern von Carnot empfangen wurde, denselben dringend ersuchte, Rouvier mit der Kabinetsbildung zu beauftragen.

** **Paris**, 25. Febr. Rouvier nahm die Kabinetsbildung an, fast sämmtliche frühere Minister bleiben, voraussichtlich neu werden eintreten: Burdeau (Unterricht), Raynal (Marine), Felix Faure (öffentliche Arbeiten), Loubet (Justiz).

* **London**, 24. Febr. Das Unterhaus lehnte mit 267 gegen 220 Stimmen den Antrag Samuel Smiths ab, zu Gunsten der Entstaatlichung der Kirche in Wales.

* **Lissabon**, 23. Febr. Das frühere Mitglied des Verwaltungsraths der portugiesischen Eisenbahnen, Rodrigues Vasconcellos, hat sich entleibt.

* **Frankfurt a. M.**, 24. Febr. (Anfangskurse. 1.—) Kreditaktien 266⅞, Staatsbahn 249⅝, Lombarden 77—, Galizier —.—, Aegypter 95 70, Ungarn 93 10, Diskonto-Kommandit 183 10, Gotthardbahn 137.30, Laurahütte —.—, Gelsenkirchen —.—, neue Reichsanleihe —, Darmstädter —.—. Fest.

* **Frankfurt a. M.**, 24 Febr. (2 U. 15 M.) Wechsel auf Amsterdam 168.52, ditto auf London 20.40, ditto auf Paris 81.87, ditto auf Wien 172.45, Priv.Disk. 2¼, Napoeons 16.19, Kreditaktien 266¾, Disk.-Komm. 182.90, Schweiz. Nordost 108 30, 60r Loose 124.70, Mittelmeer 93.—, Türken 18.60, 4% prozent. Portugiesen 41.20, bad. Zuckerfabrik 52.80. Fest.

* **Frankfurt a. M.**, 24. Febr. (3 U. 2 M.) 3proz. Reichsanleihe 84 50, 4proz. Reichsanleihe 106.75, 4proz. preuß. Konsols 106 60, 4proz. bad. Obligat. in Gulden 102.30, ditto in Mark 106.50, österr. Goldrente 95.80, österr. Silberrente 81.20, 4proz. ungar. Goldrente 93.10, 1880er Russen 92.50, 2. Orientanleihe 63.60, Italiener 89.40, Aegypter 95 70, Spanier 61.40, Zolltürken 57.70, Serben 77 50, Elbthal 203¼, hess. Ludwigsbahn 112.60, Basler Bankverein 122 30, Handelsgesellschaft 133.—, Darmstädter Bank 125.40, Deutsche Bank 157.50, Dresdener 133 60, Länderbank 176.60. — Nachbörse. Kreditaktien 266¼. Disk.-Komm. 182.60, Staatsbahn 249¾, Lombarden 77—, Westeregeln —.— Still.

* **Frankfurt a. M.**, 24. Febr. (5 U. 40 M) Kreditaktien 269¼, Staatsbahn 249⅝, Lombarden 77—, Disk.-Komm. 182.⅝, Aegypter 95 70, Ungarn —, Gelsenk. 133.70, Italiener —.—. Gotthard —.—. Still. — Wenigreinnahme der Staatsbahn 83,683 fl.

* **Berlin**, 24. Febr (12 Uhr 20 M.) Kreditaktien 172.—, Franzosen 125.20 Lombarden 42.10, Diskonto-K. 186 30, Bochumer 111 80, Dortmunder 56.30, Gelsenkirchen 137 80, Laurahütte 104.70, Italiener 89.40, Ungarn 93 10, 3proz. Reichsanleihe 84.60, Russ. Noten 201.20. Fest.

* **Berlin**, 24. Febr. (2 U. 30 M.) Kreditaktien 171.80, Staatsbahn 125.10, Lombarden 42.—, Diskonto-Kommandit 186.50, Marienburger 57 20. Dortmunder 56 20, Laurahütte 104.70, russ. Noten 201.50, neue 3proz. Anleihe von 1892 84 50.

* **Berlin**, 24. Febr. (Börse. 2 U. 30 M.) Fortgesetzte Depungen für Ultimo-Bedarf befestigte besonders Banken und Bahnen. Montanwerthe erholt. Fonds besser. Russen höher. 3proz. heimischen Anlagen wegen flüssigen Geldstandes sehr gefragt.

* **Berlin**, 24 Febr. (Schlußkurse. 5.50.) Disk.-Komm. 186.50, Dortmunder 56.10, Bochumer 112.10, Baseler—.

* **Wien**, 24. Febr. (Vorbörse. 10 U. 36 M.) Kreditaktien 310.—, Marknoten 57.95. 4% Ungarn 108.02, Staatsbahn 284.12, Lomb, 86.75. Galizier —.—. Fest.

* **Paris**, 24 Febr. (3 Uhr — M.) 3proz. Rente 96.22, Spanier 61¾, Aegypter —.—, Banque Ottomane 544.—, Türken 19.12, Ungarn —.

* **Paris**, 24. Febr. (5 Uhr 40 M.) 3proz. Rente 96.17, 3pr. Portugiesen 28—, Spanier 61½, Türken 19.20, Banque ottom. 54[illegible], Ungarn —.—, Rio Tinto 421.—, Banque de Paris 640.

Verantw. Redaktion: Friedrich Hannemann in Karlsruhe.

Karlsruhe. Tagesordnung zur 36. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer auf Donnerstag, den 25. Febr., Vorm. 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des großh. Ministeriums des Innern für 1892/93: Tit 1—10, 19 und 20 der Ausgabe, Tit. 1 und 2 der Einnahme, Berichterstatter Abg. Gönner.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

	Barometer.	Therm. Celsius.	Abs. Feuchtigk.	Rel. Feuchtigk.	Wind.	Himmel	Bemerkung.
23 Febr. Nchs. 9 U.	748,0	+ 1,5	4 6	91	C	bedeckt	—
24. Febr. Mrgs 7 U.	748 2	— 1 8	3,7	92	„	„	Reif,
Mtgs 2 U.	748 3	+ 4 0	4,7	77	S	dunstig	—

Bad. Maxau, 24. Febr. Wasserstand des Rheins 4 M. 10 C., gest. 4 C.

Meteorologische Beobachtungen.

Februar	Morgens	Ort.	Bar. auf 0. Gr. u. d. Meeresniv. red. i. Mill.	Wind. Richtung.	Wind. Stärke.	Wetter.	Temp. in Celsiusgraden
24	8	Mullaghm.	751	O	frisch	wolkig	7
	8	Aberdeen	759	S	schwach	bedeckt	4
	8	Christiansd	764	OSO	leis. Zug	halb bed	2
	8	Kopenhag.	766	SO	frisch	halb bed.	2
	8	Stockholm	773	SO	leicht	wolkenlos	— 1
	8	Haparanda	779		still	Nebel	— 7
	8	Petersburg	777	SW	leis. Zug	wolkenlos	— 7
	8	Moskau	791	NNW	leis. Zug	wolkenlos	— 5
	8	Cork	749	SSO	frisch	heiter	8
	8	Cherbourg	756	S	leicht	heiter	4
	8	Helder	759	ONO	leis. Zug	Nebel	1
	8	Sylt	760	OSO	leicht	wolkig	1
	8	Hamburg	760	SO	leicht	bedeckt	2
	8	Swinemde.	766	SO	leicht	wolkenlos	2
	8	Neufahrwj	772	SSO	schwach	wolkenlos	— 0
	8	Memel	774	SO	mäßig	wolkenlos	— 1
	8	Paris	757	S	leicht	bedeckt	8
	8	Münster	759	NNO	leicht	wolkig	0
	8	Karlsruhe	759		still	Nebel	— 3
	8	Wiesbaden	760		still	heiter	1
	8	München	759	SO	leis. Zug	halb bed.	— 1
	8	Chemnitz	762	SO	schwach	heiter	3
	8	Berlin	764	SO	mäßig	heiter	4
	8	Wien	768	SSO	leicht	wolkenlos	0
	8	Breslau	768	SO	leicht	wolkenlos	0
	8	Ile d'Aix	752	SSO	mäßig	wolkenlos	6
	8	Nizza	764	O	mäßig	Regen	8
	8	Triest	764	O	schwach	bedeckt	7

(Uebersicht der Witterung.) Die Luftdruckvertheilung hat sich seit dem Vortage nur in so ferne etwas geändert, als die Depression im Westen an Tiefe abgenommen und damit zugleich ostwärts an Einfluß verloren hat, so daß nunmehr auch in Westdeutschland Aufklären eintreten konnte. Der Gang des Ortsbarometers, welches nur wenig Bewegung zeigt, läßt darauf schließen, daß größere Aenderungen in der Luftdruckvertheilung eintreten werden, demnach wäre heiteres Wetter mit kalter Nacht und warmem Tage zu erwarten.

Geboren.

Karlsruhe, 17 Febr. August, V. Karl Stelzel, Reisender. 21. Febr. Katharina Lisette, V. Heinrich Windecker, Möbeltransporteur; Leopold, V. Georg Mantz, Fuhrmann. — 23. Febr. Luise Paula, V. Johann Baptist Kremer, Taglöhner.

Gestorben

Karlsruhe, 23. Febr. Ludwig, V. Ludwig Klar, Maler, 6 Tage; Paul, V. Philipp Gromer, Kaufmann, 7 Jahre.
Heidelberg, 22. Febr. Immisch, Friedrich Hermann, 72 J.
Kandern, 22. Febr. Sehn, Anna Maria, geb. Schmidt.
Kippenheim, 22. Febr. Huber, geb Schulz, 69 J.
Zell i. W., 23. Febr. Schwald, Joh. Gg., Steinhauer, 66 Jahre.

* Bremen, 23. Febr. (Letzte Nachrichten über die Bewegungen der Dampfer der New-York- und Baltimore-Linien.) Fulda am 18. d. M. in Genua angekommen; Werra am 21. d. M. in New-York angekommen; Spree am 17. d. M. in New-York angekommen; Aller am 22. d. M. in New-York angekommen; Weimar am 22. d. M. in Baltimore angekommen. — Der Brasil- und La Plata-Linien: Hannover am 21. d. M. in Bremerhafen angekommen; Weser am 20. d. M. in Bahia angekommen; Ohio am 13. d. M. in Montevideo angekommen; Baltimore am 22. d. M. in Bahia angekommen. — Der Linien nach Ostasien und Australien: Neckar am 21. d. M. in Hongkong angekommen; Habsburg am 18. d. M. in Colombo angekommen; Hohenstaufen am 10. d. M. in Adelaide angekommen; Salier am 23. d. M. in Colombo angekommen.

Eine selt. feine Marke russ. Thee's, (pro Pf. 4 M.), ist z. Zt. im Verkauf der bek. **Theefirma Meßmer**, K. K. Hofl. Frankfurt a. M. ½ Pf. Proben franko M. 1. Kennern empf. 501.12.4

Todes-Anzeige.

810.1 Schmerzerfüllt theilen wir Verwandten und Freunden mit, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsern innigst geliebten Gatten, Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel,

Herr Philipp Jakob Kirchenbauer,

Baumeister und Gemeinderath in Söllingen,

heute Vormittag 11½ Uhr im Alter von 65½ Jahren nach kurzem, schweren Leiden durch einen sanften Tod in die ewige Heimath abzurufen.

Wir beugen uns unter dem unerforschlichen Rathschlusse Gottes und bitten um stille Theilnahme.

Söllingen, Karlsruhe und Straßburg, den 24. Februar 1892.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Magdalena Kirchenbauer, geb. Beeh.
Jakob Kirchenbauer jun., Baumeister.
Eva Daub, geb. Kirchenbauer.
Luise Waltz, geb. Kirchenbauer.
Martin Daub, Architekt.
Jakob Waltz, Architekt.
Marie Kirchenbauer, geb. Reiff.
Bernhard Kirchenbauer, Baumeister.
Karl Kirchenbauer, Landtagsabgeordneter.

Die Beerdigung findet Freitag, den 26. d. M., Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus in Söllingen statt.

Dies statt jeder besonderen Anzeige.

Frankfurter Hypothekenbank.

795.1 Die Herren Actionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch unter Bezug auf §§. 27—29 unserer Statuten zu der

30. ordentlichen Generalversammlung

Samstag, den 2. April 1892, Vormittags 10 Uhr,

im Bankgebäude (Junghofstraße 12) eingeladen.

Tagesordnung:
1. Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, sowie Geschäftsbericht der Direction pro 1891; darauf bezügliche Berichte des Aufsichtsrathes und der Revisoren; Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes und Ertheilung der Entlastung.
2. Ergänzungswahl des Aufsichtsrathes.
3. Neuwahl der Revisoren.

Diejenigen Herren Actionäre, welche an der Generalversammlung Theil nehmen wollen, haben ihre Actien spätestens bis zum 26. März d. J. bei der Gesellschaft zu hinterlegen. Bevollmächtigte haben innerhalb der gleichen Frist schriftliche Vollmacht einzureichen.

Druckexemplare der unter 1 genannten Vorlagen können vom 18. März d. J. ab in dem Geschäftslocal der Bank Seitens der Herren Actionäre erhoben werden.

Frankfurt a. M., den 20. Februar 1892.

Der Aufsichtsrath. Die Direction.

Freiburg in Baden.

Hôtel Europäischer Hof.

Besitzer: **Friedr. Harrer.**

In schönster Lage, links gegenüber dem Bahnhof. Nur 3 Minuten in den Mittelpunkt der Stadt.

Comfortables Haus, eröffnet seit Mai 1890.

Elektrisches Licht und Niederdruckdampfheizung in allen Zimmern ohne besondere Berechnung. Familien und Geschäftsreisenden bestens empfohlen. Portier zu jedem Zug am Bahnhof, Omnibus nicht nöthig. 139.13.7

Todesanzeige.

811.1 Freunden und Bekannten machen wir statt jeder besonderen Anzeige die schmerzliche Mittheilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsern lieben Gatten, Vater, Bruder und Schwager,

Löwenwirth Jakob Barlé von Friedrichsthal,

nach längerem Leiden heute früh ½10 Uhr im Alter von 58 Jahren 4 Monaten zu sich zu rufen.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr, statt.

Friedrichsthal, den 24. Februar 1892.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Neubau des Dragoner-Kasernements in Karlsruhe i. B.

789.3.1 Die Herstellung von Geländeregulirungs-, Pflasterungs- und Platzbefestigungs-Arbeiten soll, zu einem Loose vereinigt, öffentlich vergeben werden.

Verschlossene Angebote, mit entsprechender Aufschrift versehen, sind postfrei bis zum Eröffnungstermin, den

7. März d. J., Vorm. 10 Uhr,

im Geschäftszimmer des Unterzeichneten — Kaiserallee, Neue Dragonerkaserne — abzugeben.

Ebendaselbst können die Verdingungsunterlagen eingesehen, bezw. gegen Erstattung der Herstellungskosten in Empfang genommen werden.

Zuschlagsfrist: 14 Tage.

Der Garnison-Bauinspektor.
Schwenck.

Kasper'sche Käsestangen

Otto A. Kasper,

Karlsruhe, 4835

3 Linkenheimerstraße 3.

799.4.1 **Gesucht für sofort oder 1. März ein**

Stallbursche

von 16—18 Jahren, der mit Pferden und Wagen umzugehen versteht und anständige Manieren besitzt bei gutem Lohn u. guter Behandlung von einem Cavallerie-Offizier. Zu melden persönlich: Ludwigsburg, Aspergerstr. 48.

Personal für Privat-Herrschaften, Hotels, Restaurants, Handelsstand 2c. empfiehlt und plazirt seit 1871 **J. Müller, Karlsruhe**, 99 Kaiserstraße 99. 5450.—8

Druck und Verlag der Macklot'schen Buchhandlung und Buchdruckerei, Waldstraße Nr. 10 in Karlsruhe.